Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postscheckkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. — Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt — Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang — Freitag, den 24. Juni 1932 — Nr. 146

Schwere Krise der Reparationskonferenz

Heute Aussprache zwischen den Deutschen und Franzosen

Auch Macdonald und Herriot noch nicht einig

Lausanne, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Spannung über die schwere Krise der Reparationskonferenz ist am Donnerstag auf ihrem Höhepunkt angelangt. Alles wartet auf die am Freitag stattfindende Verhandlung zwischen Herriot und der Deutschen Delegation, die wohl über das Schicksal der Konferenz entscheiden dürfte.

Die englische Delegation teilte am Donnerstagnachmittag mit, die sehr nützlichen und in freundschaftlichem Geiste fortgesetzten Verhandlungen zwischen der französischen und britischen Delegation seien ausgesetzt worden, um der französischen Delegation Gelegenheit zu geben zu einer direkten Aussprache mit der deutschen Delegation. Man nimmt daher an, daß sich Macdonald und Herriot noch nicht auf einen Vorschlag einigen konnten und dies auch erst möglich sein wird, wenn die Stellungnahme Deutschlands zu einer der noch nicht genau fixierten Verständigungsmöglichkeiten vorliegt. Nicht weniger als vier Pläne gehen bei diesen Möglichkeiten ineinander über, ohne daß einer allein als Grundlage ausreichend erscheint. **Soweit steht man heute jedoch schon klar, daß Deutschlands Plan der bedingungslosen völligen Schuldenstreichung und damit die endgültige Lösung der Reparationsfrage nicht zu verwirklichen sein wird.** Wie weit man noch in Lausanne zu umfassenderen Wirtschaftsverständigungen kommen wird, läßt sich nicht überblicken. Sie spielen aber in den Plänen der Engländer und Belgier eine hervorragende Rolle und sind bestimmt, Deutschland und seinen Gläubigern eine Erholung zu bringen, die späteren Verhandlungen über eine Abschlußzahlung im Sinne des französischen Planes eine möglichst niedrige Bemessung sichern sollen.

Die Unterredung von Papen—Herriot am Freitag wird den Reichskanzler vor die entscheidende Frage stellen, ob er mit einem Teilresultat oder mit leeren Händen nach Hause gehen will. **Da Herriot und Macdonald entschlossen sind, ein für die Weltwirtschaft erleichterndes Ergebnis zu erreichen, könnte nach einem negativen Ausgang der am Freitag zu führenden Gespräche die Fortsetzung ihrer Verhandlungen möglicherweise zu einer für Deutschland unausweichbaren englisch-französischen Abmachung führen, die von der Konferenz angenommen würde.**

Reichsbankpräsident Dr. Luther ist nach Lausanne berufen worden und am Donnerstag abend nach dort abgereist.

Die Nazis für die Hungernotverordnung verantwortlich

Alles Ableugnen der Nazis hilft nichts

Das Berliner Nazi-Organ, der regierungsoffiziöse „Angriff", sucht in seiner Donnerstag-Nummer den Eindruck zu erwecken, daß die NSDAP. der Hungernotverordnung des Kabinetts der Barone gegenüber in Opposition gehen wolle. Der regierungsoffiziöse „Angriff" hat endlich, nach einer Woche, entdeckt, daß die auf den Schultern der Nationalsozialistischen Partei stehende Reichsregierung eine Hungernotverordnung gegen das Volk erlassen hat! Er heuchelt nun Entrüstung über den Notverordnungsraub und erzählt: „Die Aermsten müssen wieder bluten!"

Man erinnert sich zunächst, daß eben diese Zeitung die Notverordnung seinen Lesern zunächst überhaupt unterschlagen und ihnen statt dessen ein Verlegenheitsgestammel vorgesetzt hat, das deutlich genug zeigte, daß politische Abreden zwischen der nationalsozialistischen Partei und der Reichsregierung Schleicher—Papen bestehen. Es folgte dann einiges Gestammel in der nationalsozialistischen Presse, daß man verstehen könne, daß eine Regierung zu so etwas gezwungen sei.

Der jetzige Versuch nun, dem Volkszorn zu entgehen, und den inneren Zusammenhang zwischen der Aufhebung des Uniformverbotes und den nationalsozialistischen Notverordnungsjacken auf der einen Seite und dem Hungerdiktat der Regierung Papen auf der anderen Seite zu vernebeln, ist der widerlichste und schamloseste Volksbetrug, der denkbar ist!

Wem zuliebe ist denn die Regierung Papen ins Amt getreten, wenn nicht den Nationalsozialisten zuliebe? Wer stützt denn diese Regierung, wenn nicht Hitler und seine Partei? Ist nicht den Nationalsozialisten zuliebe der Reichstag aufgelöst worden und damit für sechzig Tage dem Volke eine Einwirkungsmöglichkeit gegen dieses unerhörte Hungerdiktat genommen worden? Der Nationalsozialist Gregor Strasser hat noch ein übriges hinzugetan, indem er sich bisher geweigert hat, den Ueberwachungsausschuß des Reichstages einzuberufen, in dem über die Notverordnung der Regierung Papen abgeurteilt werden könnte!

Niemals hätte das Kabinett der Barone, das auf den Schultern Hitlers steht, diese Notverordnung gewagt, wenn es etwa hätte glauben müssen, auf den heftigen Widerspruch der Nationalsozialisten zu stoßen! Die bisherige Haltung der Nationalsozialisten hat deutlich genug gezeigt, daß zu den politischen Abreden auch die Tolerierung gehörte. Das Agitationsgeschrei, das der regierungsoffiziöse „Angriff" jetzt anstimmt, ist deshalb der größte Schwindel des Jahrhunderts!

Auf der Länderkonferenz hat der Reichsinnenminister, Freiherr von Gayl, deutlich genug zu erkennen gegeben, daß politische Bindungen vorliegen, die die Reichsregierung hindern, gegen den Willen der Nationalsozialisten gegen die bürgerkriegsähnlichen Zustände so vorzugehen, wie es die Mehrheit des Volkes erwartet! Nachdem die Nationalsozialisten den Preis für dies Hungerdiktat eingeheimst haben, die Aufhebung des SA.-Verbotes und die Aufhebung des Uniformverbotes, glauben sie laut schreien zu können, um ihre Spuren zu verwischen.

Wir fragen:

Wenn die Nationalsozialisten behaupten, daß sie gegen diese Notverordnung und für ihre Aufhebung wären, wo bleibt dann der eindeutige Ruf: Fort mit der Regierung des Hungerdiktats! Fort mit der Regierung, die die Aermsten bluten läßt! Fort mit der Regierung Papen!

Man sieht sich vergeblich nach diesem Ruf um. Hier gilt vielmehr die Anordnung des Reichspropagandaleiters Goebbels:

„Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben."

Diese Anordnung hat die NSDAP. nicht abzuleugnen gewagt!

Das Hungerdiktat und das Kabinett der Barone, sie gehören zusammen! Wer dies Kabinett toleriert, toleriert auch seine Hungernotverordnung. Die Regierung Papen hat die Geschäfte der Nationalsozialisten besorgt. Sie hat das arbeitende Volk bedrückt und hat dafür die Notverordnungsjacken der SA. wieder auf der Straße erscheinen lassen. Der Schwindel des regierungsoffiziösen „Angriff" wird diesen Zusammenhang im Volksbewußtsein nicht verwischen.

Wo immer die braunen Notverordnungsjacken von Hitlers SA. auftauchen, da weiß das Volk: Mit seinen Entbehrungen, mit den drückenden Lasten, die ihm das Kabinett der Barone auferlegt hat, bezahlt es die Parade der Hitleruniformen und die Terrorfreiheit von Hitlers SA.!

Bayern lehnt Reichsultimatum ab

Die bayerische Regierung wird sich am Freitag in einem Ministerrat mit dem Ultimatum der Schleicher-Regierung beschäftigen. Der grundsätzliche Inhalt ihrer Antwort steht heute schon fest. Sie wird ohne Umschweife und mit aller Klarheit offen erklären, **daß Bayern nicht in der Lage ist, der Reichsregierung auf ihrem falschen politischen Weg zu folgen und dem Verlangen nach Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbots Rechnung zu tragen.**

Diese ablehnende Haltung, die mit ausführlichen rechtlichen Gründen belegt sein wird, gründet sich auf folgende Auffassungen: **Die bayerische Regierung ist sich vollkommen klar darüber, daß für Bayern schwerste Gefahr im Verzuge ist und daß seit 1918 keine bayerische Staatsregierung in einer ähnlich besorgniserregenden Situation sich befunden hat. Sie erblickt aber in der Forderung der Reichsregierung die unmögliche Zumutung, nicht nur den einwandfreien und nicht bestreitbaren Rechtsstandpunkt preiszugeben, sondern auch eine als durchaus falsch und geradezu verhängnisvoll empfundene Haltung der Reichsregierung gutzuheißen. Sich dieser Zumutung zu beugen, würde für Bayern und seine Regierung die Selbstaufgabe bedeuten und auf einen Verrat an der Sache Bayerns und seiner Zukunft hinauslaufen.**

Baumhoff nimmt doch an

Der am Mittwoch vom Preußischen Landtag zum zweiten Vizepräsidenten gewählte Zentrumsabgeordnete Baumhoff hat die Wahl entgegen seiner anfänglichen Absicht angenommen. In einer Fraktionssitzung, die über Annahme oder Ablehnung der Wahl entscheiden sollte, entschied sich die Mehrheit für die Annahme und richtete an Baumhoff ein entsprechendes Ersuchen.

Papen und seine Nazis im hellsten Licht

Wie Papen Not verordnet — Der „nationale" Landtagspräsident

Die Nazis machen den Landtag zur Kaschemme

In der Donnerstag-Sitzung des Preußischen Landtages fand die Besprechung des sozialdemokratischen Mißbilligungsantrages gegen den Präsidenten Kerrl, der begründet ist mit dem Empfang der Auslandspresse durch den Landtagspräsidenten, statt.

Abg. **Bugdahn** (Soz.):

Unser Antrag trägt das Datum des 20. Juni; eingereicht war er am 15. Juni. Wir bezeichnen

das Verhalten des Präsidenten Kerrl als nationale Würdelosigkeit.

(Große Unruhe bei den Nationalsozialisten) Dieser Ausdruck wurde vom Präsidenten beanstandet, obwohl er durchaus dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch entspricht. Wir haben dann den Antrag abgeändert und das Verhalten des Präsidenten als einen Mangel an nationaler Empfindung und Urteilskraft bezeichnet. (Andauernde große Unruhe bei den Nationalsozialisten.) Herr Kerrl hat vier Tage gebraucht, ehe er auch diese Fassung beanstandete. In der jetzt vorliegenden Fassung, die das Verhalten des Präsidenten als Verletzung der nationalen Interessen des deutschen Volkes geißelt, ist der Antrag genehmigt worden — nach vollzogener endgültiger Präsidentenwahl. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie entsinnen sich, daß der von den Nazis tolerierte Reichskanzler Papen an Herrn Kerrl die Bitte um beschleunigte Wahl des Ministerpräsidenten gerichtet hat. Gegen diesen Brief hatte Minister Hirtsiefer protestiert. Daraufhin trat der Landtagspräsident in Szene. Er hat in diesem innerpolitischen Streit die Auslandspresse berufen. Aber wir billigen ihm mildernde Umstände zu; er war durch große Vorbilder verführt.

Am 28. Februar hat Adolf Hitler an den Reichspräsidenten Hindenburg ein Schreiben gerichtet, das er vier Stunden früher sowohl der Auslandspresse als dem Reichspräsidenten zugehen ließ. Der Reichspräsident hat damals durch den zuständigen Minister erklären lassen, die Würde des deutschen Staatsoberhauptes verbiete ihm, ein Schreiben zu beantworten, das nur eine an das Ausland gerichtete Propagandaschrift darstelle.

Derartige Methoden sind mit einer deutschen Auffassung nicht vereinbar, und wir fordern den Landtag auf, sie zu verurteilen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Steudel** (Dvp.) lehnt den sozialdemokratischen Antrag ab, bittet aber den Präsidenten, sich künftig anders zu verhalten.

Abg. **Bugdahn** (Soz.):

Als Kriegsteilnehmer muß ich es ablehnen, an den albernen und törichten Vorwurf der Desertion auch nur ein Wort zu verschwenden. (Stürmischer Beifall b. d. Soz.) Herr Vater in Magdeburg war Gastwirt, nicht Parteisekretär; er war nicht Sozialdemokrat, sondern Sparticist. (Hört, hört!) Im übrigen stellen wir nach den Erklärungen des Abgeordneten Lohse fest,

daß das mangelnde Empfinden für nationale Ehre nicht eine Einzelerscheinung beim Präsidenten Kerrl, sondern eine Massenerscheinung bei den Nationalsozialisten ist.

(Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt.

Es folgen die Ausschußberichte zu den Gegenständen Arbeitsbeschaffung und Unterstützungswesen.

Abg. Frau Hanna (Soz.):

Seit der ersten Beratung dieser Anträge hier im Hause ist im Reich das Kabinett Brüning gestürzt und das Kabinett der Barone ernannt worden. Das bedeutet für Arbeiter und Arbeitslose: Laßt alle Hoffnung fahren. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Neue Notverordnungen haben die Notlage der breitesten Massen ungeheuer verschärft. Beseitigt ist fast die gesamte Sozialversicherung der Nachkriegszeit, teilweise sogar die aus der Vorkriegszeit. Von der Arbeitslosenversicherung ist im wesentlichen nur die Beitragspflicht geblieben; zwei Drittel des Aufkommens werden für rein fürsorgerische Zwecke verwendet. Die Unterstützungssätze sind derart gekürzt, daß davon kein Mensch mehr auf die Dauer sein Leben fristen kann. Dazu hat man den Großbetrieben ein Steuergeschenk von weit über 100 Millionen gemacht

und bei der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. der Eisenindustrie eine Subvention von 100 Millionen zugeführt.

Auf der anderen Seite hat man Arbeitern und Angestellten die Beschäftigtensteuer auferlegt und die Umsatzsteuerfreiheit der Kleinstbetriebe aufgehoben. Von der Arbeitsbeschaffung ist in der Notverordnung der Reichsregierung Papen überhaupt keine Rede.

(Hört, hört!) Was die einzelnen Vorschläge angeht, die hier als Hilfsmittel gegen die Arbeitslosigkeit beraten worden sind, so haben unsere Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit keine Mehrheit gefunden. Dabei ist es selbstverständlich, daß mit dem Fortschreiten der Technik die Arbeitszeit verkürzt werden muß. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Nationalsozialisten haben Federgeld und Arbeitsdienstpflicht angepriesen. Aber die neue Federsche Binnenwährung kann nichts anderes bedeuten als Inflation und sofortige allgemeine Flucht in die Sachwerte. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Arbeitsdienstpflicht soll nach dem Rundfunkvortrag des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Hierl nur ein Ersatz für die militärische Dienstpflicht sein. **Sozial läuft sie auf die Beseitigung aller Arbeiterrechte im Betriebe hinaus.**

Die Proletarier haben sich gewiß unter Arbeit und Brot, das die Nationalsozialisten ihnen versprochen haben, etwas ganz anderes vorgestellt als Zwangsarbeit in der Kaserne und einen Schlag Essen aus der Gulaschkanone.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Im übrigen drängen sich die deutschen Arbeiter zur Arbeit, und eine Arbeitsdienstpflicht ist deshalb ganz überflüssig. Die Nationalsozialisten haben ferner scharfe Kontrolle der Börsen und Banken und Auflösung der anonymen Gesellschaften gefordert. **Aber diese Auflösung der Aktiengesellschaften ist nur denkbar in der Form der Sozialisierung.** (Sehr wahr! b. d. Soz.) **Hier weist das Programm der deutschen Gewerkschaften und das Programm der Sozialdemokratischen Partei den einzig wirklich gangbaren Weg.** (Zurufe bei den Nat.-Soz.) Sie sagen, die Forderungen dieses Programms seien teilweise nationalsozialistisch? Nein, ein Teil Ihrer Forderungen ist vom marxistischen Sozialismus abgeschrieben, aber schlecht abgeschrieben. (Sehr gut! b. d. Soz.) **Nur wenn die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel erhält, kann den riesigen Direktorengehältern, den Aufsichtsratstantiemen und den falschen Kapitalsanlagen ein Ende gemacht werden.** (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Wir werden in diesem Hause keine Mehrheit für positive Fortschritte im Sinne unserer Auffassungen finden. Wir werden sozial erst wieder vorwärtskommen, wenn das deutsche Volk begriffen hat, wer ernsthaft gewillt ist, ihm aus seiner Not herauszuhelfen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. von Walthausen (Dnat.) möchte von den Nationalsozialisten wissen, was Herr Thyssen zu ihrem Antrag auf Auflösung aller Aktiengesellschaften sagt. (Heiterkeit.) Volkswirtschaftlich sei ein solcher Antrag reiner Unsinn.

Nach längerer Debatte werden auf Antrag der Kommunisten die Abstimmungen auf Freitag verschoben. Zu den Anträgen betreffend Fürsorgeleistungen erklärt

Abg. Frau Wachenheim (Soz.):

Wir werden den vorliegenden Anträgen nicht zustimmen, weil mit ihrer Annahme den Fürsorgeempfängern kein Pfennig mehr zukäme. Selbst die Reichsregierung von Papen hat anerkannt, daß den Gemeinden weitere Mittel nicht zur Verfügung stünden und daß ihnen eben vom Reich neue Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten. Dabei

hat aber diese Regierung von Papen, die durch Abmachungen zwischen Herrn Hitler und Herrn Schleicher ins Leben getreten ist, die Unterstützungssätze in allen Zweigen der Versicherung unerträglich herabgesetzt,

und das Notwendigste ist, diese Kürzungen rückgängig zu machen. **Es ist untragbar, daß bei den großen Beitragsleistungen der Arbeiter zur Arbeitslosenversicherung die Leistungsfrist auf sechs Wochen herabgesetzt und die Selbstverwaltung praktisch illusorisch gemacht wird. Eine wirksame Wohlfahrtspflege ist nur möglich auf der Grundlage einer umfassenden Sozialversicherung.**

Die Regierung Hitler-Papen zerschlägt die Sozialversicherung; sie nimmt den Bedürftigen und gibt den Frick und Flick.

(Stürm. Beifall b. d. Soz. — Großer Lärm bei den Natsoz.) Die neuen spielerischen Uniformen der SA. und der SS. sind ein Hohn auf die Not des Volkes. (Erneuter Beifall links und neuer Lärm rechts.)

Aber jeder neuausstaffierte SA.-Mann zeigt dem ganzen deutschen Volke, daß die Nationalsozialisten und die Regierung Papen und die Notverordnungen eins sind.

(Stürm. Beifall b. d. Soz.)

Den kommunistischen Antrag auf gänzlichen Fortfall der Rückerstattungspflicht für Fürsorgeleistungen können wir nicht annehmen, ohne die Gemeinden außerstandzusetzen, auch nur das Notwendigste für die Fürsorgebedürftigen zu tun. Die dazu in der Lage sind, sollen an die Gemeinde rückerstatten, was sie können. Wer freilich länger als ein halbes Jahr Wohlfahrtsunterstützung bekommt, bei dem sollte die Rückerstattungspflicht wegfallen, weil sie praktisch mehr Schreibereien und Mahnungen zur Folge hat, als tatsächlich eingezogen werden kann.

Im ganzen wird die Sozialdemokratie nicht aufhören, für ausreichende soziale Leistungen zu kämpfen. Wir führen den Kampf für die sozialen Leistungen und deshalb gegen die Nationalsozialisten. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Die Abstimmungen werden gleichfalls auf Freitag vertagt. **Es folgt die Kulturdebatte.**

Ein besonderes Kulturdokument war die Rede des Nazi-Oberlehrers Haupt, der am Donnerstag seine Fraktion bei der Beratung einiger Anträge zum Kulturstaat auf der Rednertribüne vertrat. Es war ein Vorgeschmack dessen, auf **welche Stufe das deutsche Volk und die deutsche Jugend herabgezogen werden sollen, wenn die Trokbuben des Herrn Hitler die Macht haben. „Die Faust, das Schwert, die Tat, die Gewalt — alles andere ist Unsinn". „Wenn wir erst fertig sind mit der Tat,** dann mögen hinterher sich die Männer der Wissenschaft hinsetzen und ein paar gelehrte Bücher schreiben und nachweisen, wie alles gekommen ist. Aber erst kommen wir, die Faust, erst das Schwert!" Das ist das Lehrprinzip des Dritten Reichs, das wagt ein Jugenderzieher im Jahre 1932 von der Parlamentstribüne zu verkünden und als künftiges Ideal zu proklamieren. **Ein Studienrat, der den Bürgerkrieg unter dem frenetischen Beifall seiner Fraktion als höchste sittliche Tat feiert.**

Die SA. marschiert, und im Lande sterben durch den von ihr inszenierten Bürgerkrieg nicht nur die Opfer. Es stirbt auch der Sinn der Gesetze und des Staates. Das Spiegelbild gibt der Preußische Landtag. In ihren Notverordnungsjacken und blitzenden Uniformen sitzen in diesem Parlament die Führer dieser SA. Zusammen mit den Kommunisten haben sie die Mehrheit. Eine Mehrheit der Anhänger der Diktatur und der Gegner der Volksvertretung, und verschwunden ist jeder Sinn und jeder Zweck des Parlaments.

Draußen die Not und das Elend — im Parlament uferlose und zwecklose Agitationsanträge, von denen die Herrschaften wissen, daß sie nie Gesetz und nie durchgeführt werden können. Was übrig bleibt, ist Raschemme!

Unter diesen Naziabgeordneten befindet sich nicht eine einzige Frau, und das allein zeigt ihre ganze Kultur und ihre ganze Stellung zu allen modernen und sozialen Fragen.

Spricht ein Sozialdemokrat oder kommt von ihnen ein Zwischenruf, sofort drohen die SA.-Führer: „Gleich kommen wir rüber, ihr Landesverräter!" Empört springen einige sozialdemokratische Frauen auf und rufen diesen Burschen voller Entrüstung ins Gesicht: **„Wir haben unsere Söhne hingegeben, sie sind auf dem Schlachtfeld gestorben!" Es folgt die Antwort eines Nazi-Abgeordneten: „Ihr dummen Ziegen, dafür wurden sie euch ja gemacht!"**

„Olle Ziege", das ist täglich der Titel, mit dem die gegnerischen Frauen des Landtags von den Kulturträgern des Dritten Reiches im Sitzungssaale bedacht werden.

Herr Röhm in aller Glorie

Er scheut die Feststellungen des Gerichts — Was über ihn aber schon feststeht

München, 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der schwule Hauptmann Röhm, den Hitler als den Mann seines besonderen Vertrauens neuerdings wieder mit der obersten Führung seiner SA.-Bürgerkriegsarmee betraut hat, hatte am 9. März dieses Jahres gegen die sozialdemokratische „Münchener Post" eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die es dem Blatt unter Androhung einer hohen Geldstrafe verboten ist, die bekannten homosexuellen Liebesbriefe des SA.-Stabschefs zu veröffentlichen. Das Gericht gab dem Ansinnen statt, weil — nicht etwa die unsauberen Liebesbriefe, sondern deren Veröffentlichung „gegen die guten Sitten verstoße". Die Redaktion der „Münchener Post" legte gegen diesen Gerichtsbeschluß Beschwerde ein, über die am Donnerstag vor dem Münchener Amtsgericht entschieden werden sollte. **Es kam aber nicht dazu, da Röhm alle Hebel in Bewegung setzte, eine Verschleppung der ihm bei den heutigen Verhältnissen besonders unangenehmen Erörterung zu erreichen und in diesem edlen Bestreben die Unterstützung des Richters fand.**

Röhm machte geltend, daß der Streitwert mehr als 2000 Mk. sei. Demnach wäre das Amtsgericht nicht mehr zuständig und die Angelegenheit müßte vor das Landgericht. Im März, als er die Verfügung erwirkte, gab Röhm den Streitwert mit 1000 Mark an. Die Ehre des SA.-Häuptlings ist demnach in einem Vierteljahre um 1000 Mark teurer geworden. Tatsächlich machte sich das Gericht die geänderte Auffassung des Herrn Röhm zu eigen, erklärte sich für unzuständig und verwies die Angelegenheit an das Landgericht. Röhm hat also die beabsichtigte Verschleppung erreicht.

In dem von der Verteidigung zur Vorbereitung des Verfahrens angefertigten Schriftsatz sind die Skandalaffären des Herrn Röhm fein säuberlich zusammengetragen. Hier wird die ganze Gefährlichkeit des Mannes für die zahlreiche, ihm unterstellte SA.-Jugend aufgezeigt, ebenso aber auch die unerhörte Heuchelei der Hitlerpartei, die sich nicht geniert, einen solchen Mann an die Spitze ihrer Organisationen zu stellen. Diese Heuchelei, heißt es, werde noch dadurch unterstrichen, daß nach den Anweisungen des obersten SA.-Führers geschlechtlich Abnorme vom Dienst der SA. ausdrücklich ausgeschlossen seien. **Es sei ein Beweis höchster Heuchelei, wenn die gleiche Organisation, die diesen Grundsatz für die Mannschaft erlasse, einen geschlechtlich Abnormen zu ihrem obersten Führer habe.**

Gegen Röhm hätten in den letzten Jahren nicht weniger als fünf Strafverfahren wegen widernatürlicher Unzucht geschwebt.

Aus den Akten dieser Strafverfahren ergebe sich, daß Röhm ein von ihm gemietetes Zimmer für widernatürlichen Verkehr zwischen Männern namens Reif und Gramminger zur Verfügung gestellt habe, um sich an den Handlungen dieser Männer zu ergötzen, daß er seine homoerotischen Liebesbriefe an Dr. Heimroth in Berlin geschrieben habe, daß er in Berlin mit dem männlichen Prostituierten Siegesmund ein Hotelzimmer aufgesucht habe und von Siegesmund bestohlen wurde, daß er endlich des öfteren im Münchener Hauptquartiere die Bekanntschaft von Strichjungen gesucht und gefunden habe. Es sei ein Beweis größter politischer Unsauberkeit, einen Mann, von dem diese Tatsachen feststünden, an der Spitze einer größtenteils aus Jugendlichen bestehenden Organisation zu belassen und es läge dringend im öffentlichen Interesse, ein derartiges Verfahren einer politischen Partei zu brandmarken. Diese Auffassung sei nicht nur die der Redaktion der „Münchener Post", sondern auch der bürgerlichen Presse, die das Verschwinden einer derartigen Persönlichkeit aus der Leitung der SA. ebenfalls als ein Gebot der Sauberkeit des öffentlichen Lebens bezeichnet habe.

Wenn es mit der Einheitsfront ernst werden soll

KPD. lehnt Burgfrieden mit der Eisernen Front ab

Dessau, 23. Juni.

Die SPD. hatte gemeinsam mit der Eisernen Front aus Anlaß eines bevorstehenden nationalsozialistischen Treffens und der Reichstagswahlen an die Leitung der KPD. in Anhalt das Ersuchen um einen Burgfrieden gerichtet. In den heutigen in Dessau geführten Verhandlungen hat die KPD. das Anerbieten abgelehnt.

China protestiert

Genf, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Vor der für Freitag anberaumten Sitzung des 19. Komitees über den chinesisch-japanischen Konflikt hat die chinesische Delegation an den Präsidenten der Völkerbunds-Vollversammlung, Hymans, eine Note gerichtet, in der ersucht wird, das 19. Komitee sofort zu einer Entscheidung zu veranlassen, die angesichts der Anerkennung der mandschurischen Regierung durch das japanische Parlament die japanische Regierung zur Einhaltung der Ratsbeschlüsse vom September und Dezember 1931 verpflichtet. Diese Beschlüsse verpflichten beide Parteien die territoriale Unversehrtheit der beiderseitigen Gebiete nicht anzutasten.

Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Amerikanischen von Clarissa Neltner

Alle Rechte vorbehalten · Nachdruck verboten

(64. Fortsetzung.)

Claire kam, frisch und heiter, in einem weißen Taftkleid und rief vergnügt aus: „Das hätte ich eigentlich wissen sollen, daß Sie pünktlich sein würden, selbst wenn es sonst niemand auf der ganzen Welt ist; ich freu mich sehr, daß Sie gekommen sind, haben Sie schon die Leberpastete gekostet und, bitte, nehmen Sie eine — oh, ich sehe, Sie haben die Omelettes schon gekostet, wie geht's mit der Arbeit auf der Universität vorwärts?" „Ja, sehr fein", sagte Milt.

Er aß unsinnig viel und schaute vergnügt drein und guckte verstohlen auf seine neuen (noch immer etwas engen und noch immer etwas quietschenden) braunen Schuhe, um sich davon zu überzeugen, daß sie noch ebensogut glänzten, wie es zu Hause den Anschein hatte.

Von irgendwoher tauchte eine dicke Dame auf, die sich durch ein schnarrendes: „hallo, hallo, hallo," bemerkbar machte, „ja, ist es denn möglich, daß Ihr alle — oh, Herr Doggett. Ja, bitte führen Sie mich nur gleich zu der Leberpastete".

Und ein Herr mit grauem Haar wie ein Großvater und fröhlichem Gesicht wie eine kleine Kassiererin sprang herein mit lautem: „Morgen — habt wohl geglaubt, daß Ihr alles essen werdet — wird es eine Bridgepartie geben? Oh, guten Morgen, Herr Doggett, wie gefällt es Ihnen in Seattle? Ich danke vielmals, ja, bitte nur zwei".

Dann verlor Milt den Faden der Konversation, die um Omelettes brodelte und um Leberpasteten hüpfte und um Kaffee schäumte und um einen eilends aufgestellten Bridgetisch flatterte und insgesamt erstaunliche Aehnlichkeit hatte mit dem Verkehr von vier Wagen, von denen jeder einen anderen Defekt hatte, und die alle vier zu gleicher Zeit in einer kleinen Garage ausprobiert werden. Leute strömten herein und nickten, als ob sie einander zu gut kennten, um sich noch weiter damit zu kümmern. Sie verbeugten sich vor ihm in der liebenswürdigsten Weise und vergaßen ihn im selben Augenblick wieder um der Leberpastete und der Würste willen. Er saß da und sah höchst achtbar aus und fühlte sich bei einer Tasse Kaffee sehr einsam, als Claire — das in höchstem Grad unecht aussehende Lächeln fallen ließ, das sie während einer Erzählung des ältlichen Beau zur Schau getragen hatte — in einen Stuhl neben ihn glitt und bat: „Schaut nun auf Sie, Milt?"

„Oh, ja, danke."

„Sie haben mich so lange nicht besucht."

„Oh, nein, ich — arbeite so verflucht viel."

„Was für ein fabelhaft origineller Grund! Aber haben Sie das auch wirklich getan?"

„Auf Ehre!"

Plötzlich hatte er Lust — du ewig gleicher Mann, der allezeit den vertrauensseligen, kleinen Jungen spielt vor der Geliebten — ihr von seinen Vorlesungen und Kollegen zu erzählen; wollte ich bemitleiden lassen wegen seines kahlen Zimmers und der selbstbereiteten Mahlzeiten. Doch um sie tobte das alberne Interesse für Leberpasteten und als Claire einem neuen Ankömmling ein strahlendes Lächeln zuwarf, verlor Milt den Schwung und fand, daß es absolut nichts auf der weiten Welt gäbe, was er ihr sagen könnte.

Er verabschiedete sich dankbar von den Omelettes und der Leberpastete und entschlüpfte.

Er wanderte an diesem Tage viele Meilen weit und versuchte, sich Claires Bild ins Gedächtnis zu rufen.

XXVII.

Die Tücke hübscher Dinge.

„Was hältst du von meinem netten Jungen Milt Doggett?" fragte Claire Eva Gilson, sobald der Frühstücksempfang vorbei war.

„Welcher war denn — O, der Junge, den du unterwegs kennengelernt hast? Ja, ehrlich gesagt, er ist mir nicht besonders aufgefallen. Ich hätte mir, nach der Art, wie du ihn geschildert hast, eher vorgestellt, daß er furchtbar lustig und aufsehenerregend und etwas ungeschliffen sei. Aber er ist mir überhaupt nicht aufgefallen. Er scheint vollkommen wohlerzogen, nur ein bißchen langweilig zu sein."

„Nein, das ist er eigentlich nicht — Er ist . . ." überlegte Claire.

„Ich glaube, wir hätten die Belle Tarrens einladen sollen", sagte Frank Gilson bekümmert. „Wir müßen sie einfach nächstens einladen."

Herr Gilson dachte tief nach: „Aber sie ist die langweiligste Person von der Welt und ihr Mann verbringt seine ganze Mußezeit damit, sich den Kopf zu zerbrechen, wie er mir im Geschäft Ungelegenheiten machen kann. Ja, übrigens hast du den Wasserhahn im blauen Zimmer richten lassen? Er tropft die ganze Zeit."

„Nein, ich hab vergessen."

„So, aber ich möchte sehr gerne, daß du bald dafür sorgst. Er tropft ununterbrochen."

„Ich weiß. Ich wollte dem Installateur telephonieren. — Kannst du ihm nicht morgen vom Büro aus telephonieren?"

„Nein, ich hab keine Zeit, mich darum zu kümmern. Aber bitte, tu du es. Es tropft in einem fort . . ."

„Ich weiß, es schaut aus, als wollt es überhaupt nicht mehr aufhören. Bitte, erinner mich morgen früh noch einmal."

„Ich fürcht, ich werde vergessen. Schreib dir's lieber auf. Wenn es so weiter tropft, kann noch ein Schaden entstehen. Und bitte, sag dem Koch, daß er nicht so viel Petersilie in die Omelettes geben soll. Und hör mal, wie wär's denn, wenn man braune Butter über die Omelettes gießen würde?"

„O, nein, nicht gut, glaub ich. Ein Omelette soll schön glatt und trocken sein. Butter macht sie fett — und Butter ist außerdem jetzt so teuer . . ."

„Aber Butter macht sich gut . . . Schreib dir das auf, wegen des Wasserhahns im blauen Zimmer, lieber gleich, sonst vergißt du's wieder. Oh, warum, um Himmels willen, haben wir nur Johann Martin einladen müssen? Er ist so langweilig wie abgestandenes Wasser . . ."

„Ich weiß, aber — er ist so hübsch in seiner Villa draußen. O, Gene, wenn du nur versuchen wolltest, daran zu denken, nicht immer so viel vom Geschäft zu reden. Du und Herr Martin habt mindestens eine halbe Stunde lang über Holzpreise gesprochen . . ."

„Gar nicht wahr. Nur ganz flüchtig erwähnt. O, welchen Wagen willst du Nachmittag nehmen? Wenn wir zu den Barnetts gehen, können wir, hab ich gedacht, die Limousine nehmen — oder nein, du wirst wahrscheinlich vor mir fortgehen, ich muß noch einige Briefe nachschauen, kannst du nicht das Elektro nehmen, vielleicht willst du selbst fahren, nein, ich hab vergessen, der Hebel ist ja nicht ganz in Ordnung, na, du kannst ja ausfahren und mir den Wagen zurückschicken — aber das wird wieder mit der Zeit nicht ausgehen . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Die Folgen der Aufhebung des SA.-Verbots

In zahlreichen Städten neue Nazi-Gewalttaten — Nazis und Kozis bringen sich gegenseitig um

In der Reichshauptstadt spielte sich am Donnerstag abend gegen 10 Uhr, unweit der Mühlendammschleuse, eine wilde Schießerei ab, die mehrere Schwerverletzte gefordert hat. Rechts- und Linksradikale, die sich in der betreffenden Gegend in letzter Zeit wiederholt schwere Straßenschlachten geliefert haben, schossen wie besessen aufeinander. Insgesamt fielen etwa 20 Schüsse. Unter den vier Schwerverletzten befindet sich ein 14jähriger Jungkommunist, der einen schweren Oberschenkelschuß erhielt. 41 an dem Zusammenstoß beteiligte Personen wurden von der Polizei festgenommen.

Einen weiteren Schauplatz erregter Zwischenfälle bildete am Donnerstag bis in die späten Abendstunden Moabit. Hier griff die Polizei wiederholt mit Wasserwagen ein, um die Unruhestifter auseinanderzutreiben. Bis um Mitternacht waren etwa 120 Kommunisten zwangsgestellt. In Berlin-Neukölln versuchten kommunistische Demonstranten, sich zusammenzurotten. Hier konnte die Polizei der Situation nur mit der Schußwaffe Herr werden. Demonstrationsversuche im Kegel Steglitz-Friedenau und Köpenick wurden mit dem Gummiknüppel unterdrückt. Insgesamt wurden etwa 45 Personen, meist jugendliche Elemente unter 20 Jahren, verhaftet.

In Berlin-Moabit versuchten Kommunisten ähnlich wie in der voraufgegangenen Nacht auch am Donnerstagabend wieder barrikadenähnliche Gebilde auf dem Fahrdamm aufzutürmen. Die Versuche wurden jedoch im Keime erstickt. In der Beusselstraße nahmen die Demonstrationen zeitweise einen so bedrohlichen Umfang an, daß Omnibus und Straßenbahnhaltestellen aufgehoben werden mußten. Aber auch hier war die Polizei während des Abends jederzeit Herr der Lage.

In Dortmund-Dorstfeld kam es am Donnerstag abend, als Nationalsozialisten in einem kommunistischen Versammlungslokal eine Kundgebung veranstalten wollten, zu schweren Zusammenstößen zwischen den beiden Gegnern. Bei dem Anmarsch der Nationalsozialisten griffen die Kommunisten an. Es fielen ungefähr 35 Schüsse. Ein Nationalsozialist wurde getötet, fünf Personen, darunter drei Nationalsozialisten, wurden schwer verletzt. Es besteht die Möglichkeit, daß der Nazimann von eigenen Parteigenossen erschossen wurde.

Am Donnerstag abend kam es im Stadtteil Marxloh (Duisburg-Hamborn) nach 8 Uhr mehrfach zu politischen Zusammenstößen, in deren Verlauf eine ganze Anzahl Schüsse fiel. Ein Kommunist wurde getötet, ein Nationalist wurde von Kommunisten durch vier Messerstiche in Kopf und Oberkörper schwer verletzt. Die Polizei mußte von der Schußwaffe und vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Sechzig Personen wurden verhaftet.

In Köthen (Anhalt) wurde der im Reichsbanner als sehr aktiv bekannte Ingenieur Mack von einem Nationalsozialisten niedergestochen. Mack erhielt mehrere Stiche, darunter zwei Lungenstiche. Er mußte ins Krankenhaus geschafft werden, wo er schwerkrank darniederliegt.

Der Messerheld, der, wie es bei Nazis üblich ist, nach der Tat flüchtete, konnte inzwischen verhaftet werden. Er ist als gewalttätiger Mensch bekannt und bereits mehrmals wegen ehrenrühriger Dinge vorbestraft. In der SA. spielt er eine führende Rolle.

In Bochum, dem Sitz der nationalsozialistischen Gauzentrale des Ruhrgebiets herrscht seit dem Tage der Aufhebung des SA- und SS-Verbots rücksichtslosester brauner Terror. Das Straßenbild wird von den aus der gesamten Umgebung der Stadt systematisch zusammengezogenen SA- und SS-Horden beherrscht. Fast stündlich ereignen sich Zusammenstöße mit politisch Andersdenkenden, hauptsächlich Kommunisten, wobei die Nationalsozialisten planmäßig handeln, indem sie durch persönliche Anrempeleien provozieren und jede Abwehr, mag sie durch Worte oder Taten erfolgen, zum Anlaß nehmen, den Gegner auf der Stelle niederzuschlagen, oder mit dem Messer unschädlich zu machen. Häufig sind auch friedliche Straßengänger die Opfer des braunen Terrors. Die Polizei befindet sich seit Tagen in höchster Alarmbereitschaft.

Das hiesige Nazi-Organ hat sich bisher nicht gescheut, die Schandtaten der braunen Totschlägerarmee noch zu glorifizieren. U. a. erscheint in dem Blatt seit Tagen ein großes Inserat einer Waffenfabrik, die Schußwaffen in Wort und Bild empfiehlt. **Es ist deshalb kein Wunder, daß der Polizei bei Verhaftungen von Nationalsozialisten zugleich immer wieder scharf geladene Schußwaffen in die Hände fallen.**

In Köln wurden am Donnerstag vom Schnellrichter sechs Nationalsozialisten, die am Dienstag verhaftet wurden, weil sie Gummiknüppel, Bleikugeln, feststehende Messer, Totschläger und ähnliche Waffen bei sich führten, zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Frankfurt a. M., 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Nazirowdys setzten ihre Provokationen in der Nähe der Frankfurter Universität auch am Donnerstag fort. Etwa 1000 uniformierte SA.- und SS.-Leute hielten die zur Universität führenden Straßen besetzt. Später versuchten sie gegen das Universitätsgebäude vorzudringen. Der Polizei gelang es jedoch, die Naziprovokateure mit dem Gummiknüppel rasch zurückzudrängen. Mehrere Nazis wurden verhaftet. Der Unterrichtsbetrieb an der Universität konnte aufrechterhalten werden.

Und Goebbels hetzt

Im Berliner Sportpalast, der am Donnerstag-Abend für die Nazis reserviert war, betrieb deren Gauführer Dr. Goebbels offene Bürgerkriegspropaganda. Er verlangte für die SA. die Straße und erklärte, daß sich die SA. dieses Recht nehmen werde, wenn man es ihr nicht gebe. Von den süddeutschen Länderregierungen sagte er, daß diese „Frondeure" und dieses „Pack" energisch behandelt werden müßten. Wenn die badische Polizei nicht ausreiche, um die Aufhebung des SA.-Verbots durchzuführen, dann würde er **die Reichswehr, und wenn das nicht ausreiche, die SA. nach Baden entsenden.** Goebbels schloß seine Ausführungen mit offenen Mordbrohungen gegen die „Männer des Systems".

Die Reichsregierung wird diesen Hetzern dennoch nicht entgegentreten. Sie kann ihnen nicht entgegentreten, weil sie der Gefangene ihrer eigenen Politik ist und nicht länger existieren könnte, wenn sie ihren Geheimpakt mit Hitler nicht erfüllen wollte.

„Präsident Hoover hat von neuem einen großen Stein in die Abrüstungsdebatte geworfen. Wir müssen jetzt mit den unnützen Reden Schluß machen und entschlossen den Weg greifbarer Lösungen beschreiten. Die Militärlasten müssen verringert werden. Werden wir zeigen, daß wir gegen die Abrüstung sind? Wenn die Vereinigten Staaten noch nicht in die Streichung der Kriegsschulden einwilligen, so geschieht das, weil wir unser Geld für neue Rüstungen ausgeben. Die Botschaft Hoovers ist eine Plattform, die eine Diskussion verlangt. Wenn man sie nicht vollkommen annehmen kann, so kann man sie mit den französischen Thesen vervollständigen, vor allem in bezug auf die Internationalisierung der Handelsluftschiffahrt. Wir sind für die Sicherheit. Diese beruht in der Verringerung der Rüstungen und in der Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Nichts Ernsthaftes und nichts Positives kann in der Frage außerhalb der internationalen Lösungen getan werden."

Der Kongreß nahm die Erklärungen Jouhaux' mit großem Beifall auf.

Adenauer gegen Kerrl

Adenauer weist Kerrls Anmaßungen zurück und belehrt ihn über die Verfassung

Der Präsident des Preußischen Staatsrats, Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln, hat dem Nazi-Präsidenten des Preußischen Landtags durch folgenden Brief eine wohlverdiente Abfuhr erteilt:

„Auf meinen Brief vom 11. Juni d. J., in dem ich Sie um nähere Mitteilungen über den Wortlaut Ihres am 10. d. M. an den Vertreter des Preußischen Ministerpräsidenten, Herrn Staatsminister Hirtsiefer, gerichteten Schreibens gebeten habe, haben Sie mir bisher eine Antwort nicht erteilt. Ich habe deshalb Herrn Minister Hirtsiefer gebeten, mir eine Abschrift Ihres Schreibens vom 10. d. Mts. zur Verfügung zu stellen. Daraus ersehe ich, daß Sie in diesem Schreiben tatsächlich folgende Sätze gebraucht haben:

„Die Frage der Neubildung der Regierung ist ein Akt der Legislative, deren einzig berufener Vertreter zur Zeit ich bin."

„Bei dieser Gelegenheit bitte ich Sie, mir den Aufenthalt des geschäftsführenden Ministerpräsidenten mitteilen zu wollen, da ich als der einzige legitimierte Vertreter des Dreierausschusses diesen einzuberufen beabsichtige."

Ich mache mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß diese Sätze, die den Staatsrat und seinen Präsidenten vollkommen ignorieren, mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind. Der Staatsrat ist an der Legislative beteiligt, der Präsident des Staatsrats ist gleichberechtigtes Mitglied des in Artikel 14 der Verfassung vorgesehenen Dreimännerausschusses und kann wie jedes der Mitglieder den Zusammentritt des Ausschusses auch seinerseits verlangen.

In der Zurückweisung der von Ihnen in dem Schreiben vom 10. d. Mts. vertretenen irrigen Rechtsauffassung weiß ich mich mit dem gesamten Staatsrat einig."

Staatsrat gegen Amnestiegesetz

Er erhebt Einspruch

Der Preußische Staatsrat hat am Donnerstag mit 42 gegen 25 Stimmen beschlossen, gegen das vom Landtag angenommene Amnestiegesetz für Vergehen aus wirtschaftlicher Not Einspruch einzulegen. Infolge dieses Einspruches muß jetzt der Landtag das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschieden.

Die Begründung für den Einspruch geht auf folgende Stellungnahme des Verfassungsausschusses des Staatsrats zurück: Das Gesetz trägt die Ueberschrift „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit". Wie die verschiedenen, dem Landtag vorliegenden Anträge erkennen lassen, wird unter Straffreiheit sowohl Straferlaß rechtskräftig erkannter Strafen, wie die Einstellung anhängiger Strafverfahren und Nichtverfolgung begangener Straftaten verstanden. Dagegen soll nach § 1 des Gesetzes nur Straferlaß gewährt werden; es ist also anscheinend nur an Begnadigung, nicht an eine Niederschlagung von Strafverfahren gedacht. . . .

Infolge des Einspruchs des Staatsrats wird sich der Landtag am Freitag nochmals mit dem Amnestiegesetz befassen. Seine Verabschiedung ist nach dem Einspruch des Staatsrats nur mit Zweidrittelmehrheit möglich, die wiederum nur zu erreichen ist, wenn sich die radikalen Fraktionen zu wesentlichen Aenderungen des Gesetzes bereitfinden und dadurch für die anderen Fraktionen die Möglichkeit der Zustimmung schaffen.

Wieder eine Lüge der Nazipresse

Die Einstellung des Strafantrages gegen Senatspräsident Grützner

In dem „Angriff" vom Dienstag, den 21. Juni, und dem „Völkischen Beobachter" vom Mittwoch, den 22. Juni, wird die Nachricht verbreitet, daß der Strafantrag gegen den Senatspräsidenten Grützner, den der Kammergerichtspräsident wegen Beleidigung des Kammergerichtsrats Dr. Fränkel gestellt hatte, zurückgenommen worden sei, nachdem der preußische Justizminister Kenntnis davon erhalten habe, daß Senatspräsident Grützner Material über die angeblich in dem Rechtsstreit Lieblein gegen Sternberg begangene Rechtsbeugung in Händen habe.

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" erfährt, ist **diese Meldung unrichtig.** Der Kammergerichtspräsident hat den Strafantrag gegen Senatspräsident Grützner erst gestellt, nachdem die von ihm angestellten Ermittlungen die völlige Haltlosigkeit der gegen Kammergerichtsrat Dr. Fränkel erhobenen Vorwürfe ergeben hatten, und das Reichsgericht nach sachlicher Prüfung des Kammergerichtsurteils das Armenrecht für die Durchführung der Revision gegen dieses Urteil abgelehnt hatte. Im Laufe des Strafverfahrens wegen Beleidigung hat **Senatspräsident Grützner, gegen den bereits Anklage erhoben war, folgende Erklärung abgegeben:**

„Mit meinem Schreiben vom 14. Oktober 1931 an die drei Fraktionen des Preußischen Landtages habe ich lediglich eine Kritik an dem Kammergerichtsurteil vom 9. Juli 1929 üben, aber zu keiner Zeit den Vorwurf einer strafbaren Handlung erheben wollen. Insbesondere habe ich nie den Gedanken gehabt, den Kammergerichtsrat Dr. Fränkel einer Rechtsbeugung zu verdächtigen, ebensowenig, wie es mir völlig fern gelegen hat und auch jetzt noch fernliegt, der richterlichen Tätigkeit des Kammergerichtsrats Dr. Fränkel meine Mißachtung auszusprechen."

Daraufhin hat der Kammergerichtspräsident von sich aus im Einverständnis mit dem Kammergerichtsrat Dr. Fränkel den Strafantrag zurückgenommen. Der preußische Justizminister hat auf die Zurücknahme des Strafantrages keinen Einfluß genommen.

Im übrigen sind auch die gegen die Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang von dem Senatspräsidenten Grützner in seiner Eingabe an die Landtagsfraktionen erhobenen Vorwürfe bereits nachgeprüft worden. **Diese Nachprüfung hat keinerlei Anhaltspunkte für eine unsachliche oder einseitige Einstellung der Staatsanwaltschaft ergeben.**

Blutige Straßenkämpfe in Chile

Die in Chile ausgebrochenen Unruhen wurden nach blutigen Straßenkämpfen unterdrückt. Bei den Zusammenstößen gab es zahlreiche Tote und Verwundete. Die Regierung ist Herr der Lage. In mehreren Betrieben ist unter kommunistischer Führung ein Streik ausgebrochen.

Der Arbeiterverrat der KPD.

KPD. Rundschreiben Nr. 11 — Ein Dokument des Klassenverrats

Während die Kommunistische Partei in heuchlerischen Aufrufen an die sozialdemokratischen Arbeiter und die Arbeiterorganisationen die „Einheitsfront gegen den Faschismus" fordert, enthüllt sie in einem Geheimschreiben an ihre Vertrauensleute die wahren Absichten, die sie mit ihrer sogenanten „antifaschistischen Aktion" verfolgt. Vor uns liegt das Rundschreiben Nr. 11 der ZK. der KPD. vom 4. Juni 1932. Wir entnehmen ihm die folgende Stelle:

„In unserer gesamten Politik, wie auch in der Führung des Wahlkampfes, bleibt nach wie vor die strategische Orientierung ausschlaggebend, wonach wir den

Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie

führen müssen. Gegenüber den böswilligen Verleumdungen des Klassenfeindes über eine angebliche Wendung prinzipieller Art in unserer Strategie und Taktik müssen wir bei jedem Kommunisten Klarheit darüber schaffen, daß uns die Linie unserer Klassenpolitik dazu verpflichtet,

vor allem die Sozialdemokratie zu isolieren

ihr die Arbeiter abzunehmen, weil das die wichtigste Voraussetzung für den Sieg über die Bourgeoisie, über den Hauptfeind ist. Diese strategische Orientierung des

Hauptstoßes in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie

bedeutet jedoch noch keineswegs, daß wir in unserer Agitation und Propaganda plump und schematisch die Entlarvung der SPD. allen anderen Fragen voranstellen.

Wir schlagen die SPD. am besten, indem wir die SPD.-Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, gegen das Unternehmertum, gegen die imperialistische Kriegshetze gewinnen.

Nur durch die Herausarbeitung und Klarstellung unseres Charakters als antifaschistische, antikapitalistische Partei können wir wirklich erfolgreich die Sozialdemokratie bekennen. Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie bedeutet nicht unausgesetztes „Geschrei" gegen die SPD., sondern vor allem selbständige Organisierung des Klassenkampfes, wodurch wir

die SPD.-Arbeiter zu uns herüberziehen und die SPD. isolieren."

Die sogenannte „antifaschistische Aktion" der KPD. ist also nichts anderes, als eine antisozialdemokratische Aktion! Im Namen des Kampfes gegen den Faschismus führt man einen Minenkrieg gegen die einzige Macht, die dem Faschismus einen unzerbrechlichen Damm entgegenstellen kann: gegen die Sozialdemokratie. Man lügt den Arbeitern vor, durch Demonstrationszüge und Massenstreiks könnte man den Faschismus von heute auf morgen vernichten. Man lügt ihnen vor, daß die Sozialdemokratie, indem sie solche Illusionen bekämpft, den Kampf gegen den Faschismus verhindert. Man lügt ihnen vor, die „Severing-Polizei" stehe auf seiten des Faschismus. Und gelänge es gar, sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter vor die Karabiner sozialdemokratisch gesinnter Polizeibeamten zu hetzen, so wäre das ein Triumph kommunistischer Strategie!

Die Arbeiterklasse wird über diese Politik des heimtückischen Arbeiterverrats am 31. Juli ein noch härteres Urteil sprechen, als sie das schon am 19. Juni in Hessen getan hat!

Um Hoovers Abrüstungsvorschlag

Verstimmung Amerikas über die kühle Aufnahme — 26 Staaten haben zugestimmt — Auch Deutschland wird zustimmen — Frankreichs Sozialisten für die Annahme durch Frankreich

Washington, 24. Juni. (Eigener Funkbericht.)

In amerikanischen Regierungskreisen ist die Stimmung über die **Genfer Gleichgültigkeit gegenüber Hoovers Abrüstungsplan** sehr verschnupft. Halbamtlich wurde am Donnerstag nochmals angedeutet, **daß Amerika zu einem Schuldenausgleich wahrscheinlich nur geneigt sein werde, falls Europa wirklich gewillt ist, abzurüsten.** Hier eingetroffene Berichte über den Vorschlag eines franko-deutschen Militärbündnisses lösen Verwunderung und teilweise Beunruhigung aus. Es werden daraus osteuropäische Kriegskomplikationen befürchtet.

Genf, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Die Zahl der Annahmeerklärungen für den Hoover-Vorschlag ist inzwischen auf 26 gestiegen. Da die Neutralen und zahlreiche kleine Staaten in der Mittwoch-Sitzung der Generalkommission nicht zu Wort kommen konnten, ließen sie dem Präsidenten ihre Zustimmung direkt zugehen.

Von deutscher Seite erfährt man, daß unter Wahrung des Anspruchs auf völlige Abrüstung und Gleichheit der Rechte die Durchführung des Hoover-Vorschlages als erster Schritt zur allgemeinen Abrüstung nach der von der Generalkommission beschlossenen etappenweisen Rüstungsverminderung angenommen werden könnte. In diesem Sinne will man auch die Erklärung Nadolnys in der Mittwoch-Sitzung der Generalkommission aufgefaßt wissen.

Paris, 24. Juni. (Eig. Funkbericht).

Leon Blum kommt im „Populaire" noch einmal auf den Abrüstungsvorschlag Hoovers zurück, um die Haltung der französischen Delegation in Genf zu kritisieren. Er schreibt:

„Wer kann bestreiten, daß der Vorschlag eine entscheidende Etappe auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung darstellt und daß er damit eine solide Grundlage für die allgemeine Befriedung schafft? Wer kann daran zweifeln, daß er eine Antwort auf die Unruhe, die Erwartung und die Hoffnung der ganzen Welt ist? Darum bedauern wir bitter, daß die Vertreter Frankreichs ihm nicht spontan zugestimmt und den Gewinn einer sofortigen Zustimmung verloren haben. Der Fehler ist begangen worden und kann nicht wieder gutgemacht werden. Wie im vergangenen Jahr bei dem Hoover-Moratorium war der Wert der amerikanischen Demonstration zum großen Teil seelischer, ja fast dramatischer Art. Die Schnelligkeit der Zustimmung und Inkraftsetzung hätte die Ergebnisse vermehrt und verstärkt, während seine Wirkung jetzt durch Widerstände und Meinungsverschiedenheiten verringert, wenn nicht kompromittiert ist. Das bedeutet einen Verlust, für den Frankreich vor der öffentlichen Weltmeinung verantwortlich gemacht werden wird."

Der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, nahm am Donnerstag auf dem Kongreß des Nationalverbandes der Eisenbahner-Gewerkschaften, der gegenwärtig in Paris tagt, folgendermaßen zu der Abrüstungsbotschaft Hoovers Stellung:

Unwiderruflich nur bis Sonntag, 26. Juni, täglich ab 3 Uhr, das Fest der schlesischen Heimat, das Breslauer

Johannisfest

(gegenüber der Jahrhunderthalle)

Täglich große Sportkämpfe ✦ Hugo Haases Schaustellungen

Heute Freitag: **Johannistag / Größter Clitetag**

5 Uhr: **500. Freiballonaufstieg** der Luftakrobatin **Elvira Wilson**

6 Uhr: **Handball-Repräsentativkampf** Polizeiverein Oppeln (Oberschlesischer Meister) gegen Stadtmannschaft Breslau

9.30 Uhr: **Riesenfeuerwerk** mit besonderen Ueberraschungen **Johannisfeuer**

Morgen Sonnabend:

5 Uhr: **Fußballspiel** Sportpresse gegen Feuerwehr

6 Uhr: **Sportliche Vorführungen** d. Polizeiverein für Leibesübungen E. V.

Eintrittspreise heute und Sonntag **30** Pf., Kinder **20** Pf., am Sonnabend **20** Pf., Kinder **10** Pf., Tageskarten bei Barasch, Wertheim, Hainauer und Hoppe erhältlich.

Familien-Anzeigen

Deutscher Baugewerksbund.

Am 27. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Bauhilfsarbeiter** 1957

August Handke

im Alter von 63 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, 25. Juni, nachm. 3 Uhr.

Trauerhaus: Breslau - Cawallen, Höhlmannstr. 2.

Am 22. Juni verschied unser Mitglied, der **Sozialrentner**

August Handke

im Alter von 63 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ortsverein Groß-Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, 25. Juni, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Cawallen, Höhlmannstr. 2. Distrikt 54

Gesamtverband der Arbeitnehmer

Am Montag, 20. Juni, verstarb unser treues Mitglied, der **Arbeitsinvalide** 1911

Robert Willner

im Alter von 68 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau

Beerdigung: Freitag, den 24. Juni, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Kl. Mochbern.

Deutscher Baugewerksbund

Am 22. Juni, verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Maurer**

Karl Pirlich

im Alter von 56 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Baugewerkschaft Breslau

Einäscherung: Dienstag, den 28. Juni, 13 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Alles was Sie brauchen an

Schuhbedarfsartikeln, Ledersohlen usw.

kaufen Sie am besten bei 1933

Walter Neuser, Neumarkt 21

Die glücklichen 8 Tage

DEIN WEGWEISER IN DEN URLAUB:

DIETZ-ARBEITER-REISE- UND WANDERFÜHRER

Fuß- und Radtouren, Städtebesuche, Gebirgswanderungen, Wildwasser- und Flußfahrten im Faltboot, Wetterkunde, Zeltbau, Reisekochbuch, Photo-Anleitung, Adressen usw.

450 Seiten, illustriert. Soeben erschienen! Preis nur 2.- M.

Volkswachtbuchhandlung, Breslau, Flurstraße 4

STADTTHEATER

Freitag, 20 bis gegen 23 Abonnements-Vorstell. C 18

Madonna

Sonnabend, 19.30—22.45

Tannhäuser.

Sonntag, 14.30 bis 17.45 Ermäßigte Preise!

Zum letzten Male

Die Blume von Hawaii

20 bis gegen 23

Schwarzwaldmädel

Frack-Johann nur Blücherplatz 20, I. Ecke Ring, früher Karlstr. 1.

Leihweise

Smoking u. Gehrockanzüge Klapphüte • Tel. 57082

Einzelne moderne Armlehn- und Klubsessel, sowie mehrere Schreibtische und Kredenzen, ohne Rücksicht auf den bisherigen Wert, spottbillig abzugeben. S. Brandt & Co., Gartenstraße 65, I. (neben Capitol).

Beste **Backwaren** aller Art zu billigsten Preisen

Max Münzer Sonnenstraße 34.

Inserate erzielen in der "Volkswacht" den größten Erfolg

Primus-Palast Hubenstraße 10

Ein aufsaustender Tonfilm voll übersprudelnder Lebensfreude!

So'n Windhund

Zwei unserer beliebtesten Komiker **Ralph Artur Roberts — Max Adalbert** schaffen Typen von wahrhaft zwerchfellerschütternder Wirkung

Weitere Darsteller: **Lucie Englisch, Joh. Riemann, Henry Bender, Max Schipper usw.**

Ferner: Ein reizendes, pikantes Großlustspiel:

Die keusche Sünderin mit **Colleen Moore.**

Ufa-Wochenschau 9659

Täglich ½5 Uhr. Erwerbslose halbe Preise.

Sonntag 3 Uhr: Große Jugend-Vorstellung

Ab Freitag, 1. Juli: **Lilian Harvey** in **Zwei Herzen und ein Schlag.**

Morgen Sonnabend veranstaltet der **Verband der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter** ein

Großes Garten- u. Kinderfest

in **Hoffmanns Garten, Oswitz.**

Um 15½ Uhr Sammeln u. Abmarsch m. Musik v. d. Endstat. Linie 15, Oswitz. Kaffee, Kuchen, Würstchen für Kinder gratis. Abends: Feuerwerk und Fackelumzug. Eintritt frei!

Zentral Theater — Wandestraße 50

Bis Donnerstag, den 30. Juni

Wiederum 2 Qualitäts-Tonfilme!

1. Ein Tonfilm nach dem Herzen der Majorität aller Kino-Besucher

Mady Christians in

Das Schicksal der Renate Langen

mit Franz Lederer, Alfred Abel, Hilde Hildebrandt

Der erschütternde Leidensweg einer Frau

2. Der lustige Ufa-Tonfilm

Es wird schon wieder besser

mit seinen noch lustig. Darstellern: Ernst Verebes, Heinz Rühmann, Betty Bird, Fritz Grünbaum, Oscar Sima, Paul Otto, Paul Westermeier

Ufa-Wochenschau!

3. Die gr. Bühnen-Sensation. Zum 1. Mal in Breslau

Lissy und Fr. Kalay

Beginn tägl. 4.30 — Letzte Vorstellung 8.45 Uhr.

Leinenhaus Langner

verzogen von Lohestraße 39 nach

Schillerstraße 2 hptr.

Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße.

Druckerei Volkswacht

Moderne, geschmackvolle und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei pünktlicher Lieferung

Breslau 2, Flurstraße 4/6.

ASTORIA-PALAST Fürstenstraße 32

2½ Stunden atemloser Spannung!

Der 2. Großtonfilm mit

HARRY PIEL

in

Der Geheimagent

(Ein Mann fällt vom Himmel)

Das abenteuerlichste und atemraubendste Erlebnis d. Königs der Sensationen!

Weibliche Hauptrolle: **Maria Solveg**

Ferner:

Der Mord im Skalatheater

Ein Kriminal-Tonfilm von verblüffender Spannung!

Auf der Bühne:

Tom Belling und sein lustiger Wunderhund

W 4½, So. 3, letzte Vorst. 8½

WELTBÜHNE Friedr.-Wilh.-Str. 35

2 deutsche Spitzen-Tonfilme in einem Programm

Jenny Jugo Trude Hesterberg Oskar Karlweis in

Man' küßt Paris

(Die nackte Wahrheit)

Ein mitreißend lustiger Tonfilm-Schwank von **Amos, Küssen und faustdicken Lügen**

E. A. Dupont's atemlos spannende **Meisterschöpfung**

SALTO MORTALE

Ein Roman aus der Artistenwelt

mit **Anna Sten Otto Wallburg Adolf Wohlbrück**

W 5, So 3, letzte Vorst. 8½

MESSOW WALDSCHMIDT G. m. b. H.

Nach wie vor

in der großen

Konfektions-Etage

gute billige

Waschbekleidung

Am Sonnabend

bekommen Sie für

jede volle Mark

Ihres Einkaufs ein

neues 4-Pf.-Stück

DEUTSCHES REICH 1932 · 4 · REICHSPFENNIG

Die **„Frauenwelt"** den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis **30** Pf. Zu bestellen b allen Zeitungsträgern

---

ATLANTIK Gräbschener Straße 74 Tel. 585 00

Der neueste Groß-Tonfilm der Ufa

Brigitte Helm — Rudolf Forster in

Die Gräfin von Monte Christo

mit **Lucie Englisch — Gustaf Gründgens**

Spannung — Sensation — Abenteuer aufregende Zwischenfälle

Rätsel mit verblüffender Lösung zeigt Ihnen dieses hervorragende Tonfilm-Werk

Dazu im tönenden Beiprogramm:

1. **Ufa-Kabarett-Film.** 2. **Kultur-Tonfilm.** 3. **Ufa-Tonwoche.** 4. Im Varieté-Teil

Dolly Fix der Original-Groteskt-Tanzkomiker

Anfangszeiten: 5, 6.30, 9 Uhr 1943

Agitations-Material der S. P. D.

Prager: Wer hat uns verraten? 10 ₰ Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

1000 Worte Hitler nur 10 ₰ Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

Wenn Judenblut vom Messer spritzt 10 ₰ Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

Dr. Helmut Klotz: Hitlers Sozialismus! 10 ₰ Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

Was ist Marxismus? 10 ₰ Preis 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

Der Jud' ist schuld! 10 ₰ Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

Nach der Nacht der langen Messer 10 ₰ Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

Diktatur! Preis 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

Adolf Hitler 10 ₰ Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

Deutschland erwacht! Preis 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

BITTE bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

---

Verkäufe

Bauparzellen von 700 Quadratmeter an in **Gr.-Mochbern (Zuckerfabrik) zu verkaufen** durch **Walther Klose, Breslau 1, Feldstraße 24.**

Elegante Küche mit Aufwaschtisch, 6teilig, 185.— RM. S. Brandt & Co., Gartenstraße 65, I. (neben Capitol).

Nußbaumschrank 160 breit, billig zu verkaufen Tischlerei Fürstenstr. 6.

Kaufgesuche

Frauenhaare kauft **Kunath,** Schillerstr. 21

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige — fett 4 Pfennige —

Dunkler, polierter Schrank 10 Mk., desgl. guter Ausziehtisch 18 Mk., 4 Rohrstühle à 2.50 verkauft Nitsche, Goethestraße 89, III. 6458

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Tobias. — Redaktion: Gräbschener Straße 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten

Gerhart-Hauptmann-Ausstellung

Die Vorbereitungen für die Gerhart-Hauptmann-Ausstellung des Schlesischen Museums für Kunstgewerbe und Altertümer in Breslau (Eröffnung am 3. September bei Anwesenheit des Dichters, Dauer bis Ende des Jahres) sind nun soweit gediehen, daß sich ein Bild davon zeichnen läßt.

Oeffentliche und private Sammlungen haben ihre Schätze in Aussicht gestellt, vor allem sind die des Dichters selbst zu erwarten, dann die der Verwandten des Dichters. — Fräulein Lotte Hauptmann-Schreiberhau und Frau Marie Hauptmann-Leipzig — ferner der Freunde, vor allem die des Kommerzienrats Pinkus-Neustadt OS., Alfred Kerrs-Berlin, Wilhelm Bölsches-Schreiberhau, Frau Paula Conrad-Schlenthers-Berlin, Frau Julie Elias-Berlin u. a.

Der Verlag S. Fischer-Berlin stellt die gesamte Produktion des Dichters, soweit bei ihm erschienen, in Einzel- und Gesamtausgaben zur Verfügung. Wertvolle Erstausgaben der Literatur des Naturalismus steuert das Berliner Antiquariat Dr. Krebs bei. Eine besondere Bereicherung der Ausstellung ist es, daß auch die Künstler, die mit Illustrationen und Gemälden das Lebenswerk des Dichters begleitet haben, wie Geheimrat Ludwig von Hofmann, Prof. Käte Kollwitz, Prof. Orlik, Prof. Meid, Prof. Block, Vogler-Worpswede, auf der Ausstellung vertreten sein werden. Von den Bildnissen des Dichters seien hier nur die von Liebermann und Levis Corinth genannt. Wahrscheinlich wird auch der Florian Geyer von Lovis Corinth die Ehrenhalle der Ausstellung zieren. Die Ausgestaltung dieser Ehrenhalle hat Professor Wildermann-Breslau übernommen. Sie wird außer der Büste des Dichters von Gaul u. a. von Wildermanns Hand vier Fresken nach charakteristischen schlesischen Landschaften beherbergen.

Von besonderem Interesse wird es sein, daß wir auch dem Bildhauer Hauptmann, der 1880 die jetzt geschlossene Breslauer Kunstakademie besuchte, begegnen werden. Hauptmanns plastisches Werk wird, soweit es heute noch vorhanden ist, umrahmt von den Werken seiner Lehrer an der Akademie, Prof. Haertel, Prof. Brauer, Prof. Marshal, die die Urbilder verschiedener Dramenfiguren des Dichters sind.

Die Verwurzelung Hauptmanns in der schlesischen Heimat wird eine große Ahnentafel dartun, die nach den Forschungen des bekannten Genealogen Kekule von Stradowitz von der Breslauer Gebrauchsgraphikerin Paquita Kowalski geschaffen wird. In dem Raume, der der schlesischen Wirtschaft gewidmet ist, soweit sie den sozialen Hintergrund Hauptmannscher Dramen abgibt, wird die Welt der „Weber", des Glashüttenmärchens „Pippa", der Kohlenbauern des „Sonnenaufgangs", des Landvolks der „Rose Bernd" lebendig werden. Das Herrnhutertum, das für den Quint-Roman von besonderer Bedeutung ist, wird u. a. an einem Modell einer Herrnhuter Anlage verdeutlicht, die das Heimatmuseum Neusalz für die Ausstellung hat anfertigen lassen. Gute photographische Vergrößerungen zeigen die Lebensstationen Hauptmanns in Heimat und Fremde: Schreiberhau, Agnetendorf, Friedrichshagen, Hiddensee, ebenso wie die Stätten des „Griechischen Frühlings".

All das bildet den Auftakt zu den Hauptsälen der Ausstellung: „Literatur" und „Theater". Der Raum Literatur wird überwiegend von der wertvollen Sammlung des Kommerzienrats Pinkus-Neustadt, die wohl die vollständigste Hauptmann-Sammlung überhaupt ist, bestritten. Der Inhalt des Raumes „Theater" wird zurzeit noch von dem Theaterwissenschaftlichen Institut der Universität Köln zusammengestellt, das durch seine großen Lessing- und Goethe-Ausstellungen rühmlichst bekannt ist. Verschiedene Dramen-Aufführungen Hauptmanns sollen in plastischen Modellen festgehalten werden.

Die Breslauer Ausstellung wird auch die wichtigsten Stücke aus der Ausstellung übernehmen, die das Deutsche Haus der Columbia-Universität Newyork zu Ehren des Dichters veranstaltet hat. Es sind wichtige Gegenstände aus dem Hauptmann-Archiv, darunter Briefe von Fontane, Freytag, Ibsen, Brandes, Arno Holz an den Dichter.

Was uns lieber wär?!

Aus dem Lügenspeicher der NSDAP.

In Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen litten unsere Nazis bisher keinen Mangel. Fast jeder Tag brachte aus diesem Lager neue Ueberraschungen solcher Art. Bei dem jetzigen Wahlkampf glaubt man nun mit dem aktuellen Lügenmaterial nicht mehr auskommen zu können und greift darum in ältere Arsenale. In der gestrigen Nummer der „Schlesischen Tageszeitung" lesen wir in einem Bericht über eine Breslauer Naziversammlung in Fettdruck folgende fürchterliche Angelegenheit:

„Höre, was der sozialdemokratische Stadtverordnete aus Breslau Herr Ludwig in einer Gewerkschaftsversammlung in Kudowa sagte: Die Not des deutschen Arbeiters ist uns lieber als eine Aenderung des Systems."

Sachlich einen solchen hahnebüchenen Blödsinn zu erwidern, wäre ihnen zuviel Ehre angetan. Ergötzlich nur zu wissen, wie solche Lügen konserviert werden. Die hier angezogene Versammlung liegt über anderthalb Jahre zurück und war — was zur Beurteilung solcher Rede nicht unwesentlich ist — keine Gewerkschaftsversammlung, sondern eine öffentliche Kundgebung, in der dann auch in der Diskussion der Glatzer Naziführer Neugebauer sprach und die Ausführungen des Genossen Ludwig in seinem Sinne für seine Agitationszwecke verdrehte. Obgleich er im Schlußwort des Referenten zurechtgewiesen wurde, zog dieser Herr, der übrigens noch den Glatzer Kreistag ziert, im Lande umher und machte diese Lüge zu seinem Versammlungsthema. Daß bei dem Auditorium nationalsozialistischer Versammlung in der heutigen Zeit Lügen recht lange Beine haben können, beweist diese Verdrehung, die nun glücklicherweise nach anderthalb Jahren als neueste Wissenschaft hier in Breslau gelandet ist. Bei manchem Automaten dauert es eben recht lange bis der Groschen gefallen ist.

Junge Front formiert sich

Erste Kundgebung der Tatgemeinschaft junger Sozialdemokraten — Begeistertes Kampfgelöbnis

Zur ersten Heerschau fanden sich gestern im Gewerkschaftshaus die jungen Sozialisten zusammen. Es galt erneut Bekenntnis abzulegen für die Eiserne Front. Nach dem Gesang der Internationale betritt der Sprechchor der Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten, die Roten Blusen, die Bühne und verkünden, daß sie rote Rebellen sein wollen. Rote Rebellen im Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft. Dann tritt Genosse Jaule an das Rednerpult. Er geht aus von dem Mordterror der SA.-Horden, den Landsknechten der Kapitalisten. Aber auch in jenen Reihen sind junge Proletarier, die während wir die Waffen zum geistigen Kampf schärften, nationalistischen Phrasen zum Opfer fielen. Für uns gilt es mehr denn je Bekennermut zu zeigen, auch, wenn es beinahe unmöglich ist, ob viehisch niedergeschlagen zu werden, mit einem andern Abzeichen durch die Straßen zu gehen. Doch die sozialistische Jugend ist bereit, auch ihr Leben für ihre Ideale zu geben. Es gilt alle Kräfte zusammenzufassen, um stündlich zum Kampf bereit zu sein. In der Jungen Front ist mit der Eisernen Front der Boden gegeben, für die, denen der Kampf um die Zukunft ernst ist. Deshalb an die Arbeit. Das ist freiwilliger Arbeitsdienst! Das ist Kampf um die Freiheit!

Für die Mädels spricht die Genossin **Lilly Küss.** Sie betont, daß es auch für die Mädel gilt, um die Zukunftsideale zu kämpfen, daß es gilt nicht hinter den Jungen zurückzustehen. Auch sie müssen Aufklärung in die Fabriken, Stempelstellen und Büros tragen. Mit Stolz werden auch die Mädels die rote Fahne des Sozialismus vorantragen und sich nicht beugen lassen. Gen. Zülke, der für die Gewerkschaftsjugend spricht, geht aus von der Regierungserklärung der Regierung Hitler—Papen. Scharf wendet er sich gegen die Arbeitsdienstpflicht, die nur den Zweck hat, die gesamte Sozialgesetzgebung zu beseitigen und neue Soldaten zu neuem Völkermorden zu erziehen. Doch was die Gegner auch immer anstellen mögen, es wird und muß an der Eisernen Front zerschellen. Als letzter Redner ergriff für die politisch organisierte Jugend Genosse **Herbert Löbe** das Wort. In dieser Stunde des ersten Appells bekennt sich die sozialistische Jugend zu dem Werk ihrer Väter, gelobt sie, daran nicht mehr rütteln zu lassen. Oder wollt ihr, sagt der Redner, das der national-„sozialistische" Mob weiter die Straßen beherrschen soll?, und ein viel hundertstimmiges Nein ist die Antwort. Unsere Parole lautet, der Feind steht Rechts, auf ihn werden wir unsere ganze Kraft vereinigen. Deshalb hinein in die Jung Front der Eisernen Front, in die wahre Kampfgemeinschaft junger Sozialisten! Dann noch zwei Darbietungen der Roten Blusen, die erneut mit großem Beifall aufgenommen werden. Und am Schluß stimmt alles begeistert ein in den Gesang des alten Kampfliedes „Brüder zur Sonne zur Freiheit."

Breslauer Presse zu den Nazi-Unruhen

Auch ein Kapitel des Klassenkampfes von heute — Von der „harmlosen Neutralität" des Generalers bis zur Lügen-Akkumulation der Nazipresse — Von „Rotmordleuten", die inzwischen braun geworden sind, schweigt man in den verhitlerten Breslauer Zeitungen

Wenn man die Berichte der Breslauer Zeitungen über den Naziterror liest, der im Laufe des Mittwochs die Breslauer Arbeiterschaft zu Abwehraktionen herausforderte, wird einem mit allen Ueberredungskünsten klar gemacht, daß die Nazis ihre Hände in Unschuld waschen und die Mittwochvorgänge lediglich eine Angelegenheit von „Rotmord" sind. Unter diesem Begriff hat man aber nicht etwa nur die Kommunisten zu verstehen, sondern alles, was sich noch nicht mit Haut und Haaren an das Hakenkreuz verschrieben hat.

Kein Wort davon, daß die Nazis mit ihrer Demonstrationsankündigung, die gegenüber dem bestehenden Demonstrationsverbot sich als eine offene und bewußte Aufforderung zu ungesetzlichen Handlungen darstellte. Kein Wort davon, daß die durch das Verbot ebenfalls am Demonstrieren verhinderte Arbeiterschaft mit Recht fordern durfte, auch den Nazis ein geschlossenes Aufmarschieren zu verwehren.

Dafür gibt es in den diversen Breslauer Blättern um so blutrünstigere Schilderungen von „Rotmord". Die eigenartige Behandlung dieses Themas ist aber interessant genug, einmal etwas näher beleuchtet zu werden. Wie gestern berichtet wurde, gab in der Uferstraße aus einem Nazihaufen ein Hitlerbandit ohne ersichtlichen Grund zahlreiche Schüsse auf einige in 40 bis 50 Meter entfernt stehende Personen ab, durch die der 20jährige Genosse Rudolf Günther und der Nazimann Marciniak niedergestreckt wurden. Während unser Gesinnungsfreund Günther mit einem schweren Brustschuß, der die Lunge getroffen hatte, zusamenbrach, wurde der Nazimann durch sieben Schüsse aus der Nazipistole zusammengeschossen.

Da die rasch eingreifende Polizei den Nazimann Brudny aus der Exmittierten-Siedlung auf der Viehweide aus dem Haufen heraus verhaften konnte und auf Grund von Zeugenaussagen in ihm auch den Schützen gefaßt zu haben glaubt, ist der Sachverhalt also ziemlich einwandfrei geklärt. Aber eben diese rasche Erledigung paßt den Breslauer Hitler-Blättern nicht in das beliebte Thema „Rotmord" hinein, und so gibt die „Schlesische Zeitung" zwar zu, daß ein Reichsbannermann durch einen Lungenschuß und ein Nazi durch 7 Schüsse getroffen worden sei. Damit die Sache jedoch ihre Rotmord-Erklärung findet, schreibt das Hitler-Blatt aus der Schweidnitzer Straße einfach:

„Zeugenaussagen zufolge ist der Reichsbannermann von seinen eigenen Leuten angeschossen worden."

Die Herrschaften verschweigen einfach die ihnen sicher bekannte Verhaftung des Nazi-Brudny, damit sie nicht zugeben brauchen, daß dieser Bursche seinen eigenen Parteifreund niedergeknallt hat.

Da ist das offizielle Naziorgan „Schlesische Tageszeitung" schon etwas tüchtiger. Es schreibt über „Rotmord" und sein „Wüten" 315 Zeilen lang allen möglichen Quarg zusammen, läßt aber die gefährlichste Begebenheit, eben das Niederschießen von zwei Menschen durch einen Nazi, einfach ganz weg. Das ist die allerbequemste Methode, um seinen Leuten nicht sagen zu brauchen, daß ein Nazi dem anderen 7 Kugeln zwischen die Rippen gejagt hat. Es fragt sich nur, wie der Nazimann Marciniak darüber denken wird, daß ihn seine Partei einfach von der „Heldentafel" streicht.

Der olle ehrliche Generaler aber hüllt sich in „Neutralität". In der Weidenstraße sagt man sich, daß es genügt, wenn die Redakteure wissen, durch wessen Kugeln ein Nazimann niedergestreckt wurde. Für die Leser, die man immer hübsch „neutral" mit der Nase auf Hitler stößt, ist eine richtige Darstellung zu „parteiisch" oder zu „wahr". Da paßt es schon besser, wenn man in die Ueberschrift etwas von den „Kommunisten" hineinschießt, aber sonst dem amtlichen Polizeibericht nichts über die so begehrten „eigenen Informationen" hinzufügt.

Wer ist nun eigentlich dieser Brudny, den der verhitlerte Breslauer Journalismus so sehr mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zudeckt? Kurz gesagt ist dieser Nazi ein oller ehrlicher „Rotmordmann". Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 war er noch klassenbewußter Anhänger der Kommunisten und fiel damals mit einem Seitengewehr über einen Nazi her. Wollte man die obenerwähnten Zeitungen nachschlagen, würde man sicher über diese „Rotmord-Betätigung" eine Meldung finden. Inzwischen hat der Mann von „Rotmord" seine Farbe und seine Mordmethoden gewechselt. Er ist heute braun und hat das Seitengewehr mit dem Schießprügel vertauscht. Brudny ist also höchstens noch ein Braunmordmann. Weil aber gestern nur das Thema „Rotmord" in den Breslauer Zeitungen zur Debatte gestellt wurde, konnte der einstmals bekämpfte, inzwischen aber mit offenen Armen aufgenommene Rotmordmann a. D. nicht erwähnt werden.

Aus dieser Tatsache kann man entnehmen, daß Rotmord und Rotmord zweierlei ist. Wird ein regelrechter Rotmordmann über Nacht unter nicht sehr ehrenvollen Einflüssen braun, dann wird er automatisch zu einem derjenigen, die sich nach der „Schlesischen Tageszeitung" mit „ihren jungen Leibern einem anstürmenden Untermenschentum entgegenstellen", wenn sie dabei auch mal einen eigenen „Pg." niederknallen.

Die Nazischuld wird immer größer

Auch die Schüsse in der Posener Straße kommen auf das Konto der Nazis

In unserem gestrigen Bericht über die Mittwoch-Vorgänge im Nikolaitor ist insofern unrichtig, als sich inzwischen die polizeilichen Auskünfte als falsch herausgestellt haben. Die ausdrücklichen Erklärungen der Polizei gingen dahin, daß der durch einen Brustschuß schwerverletzte Mann Walter Seidel heiße und Nationalsozialist sei. Heute muß sich die Polizei jedoch berichtigen. Der durch Brustschuß Schwerverletzte ist der Hilfsmonteur Walter Siedel aus der Posener Straße 26, der von der Kommunistischen Partei als ihr Angehöriger bezeichnet wird. Im Polizeipräsidium weiß man heute plötzlich nicht genau, welcher Partei der Verletzte nun eigentlich angehört, obwohl gestern noch alle maßgebenden Stellen von seiner Nazizugehörigkeit etwas wußten. Die Verletzungen des Bedauernswerten sind übrigens äußerst schwer, denn neben einer Verletzung des Herzens hat die Kugel auch die Därme sechsmal durchschlagen.

Auch der zweite Verletzte wird von den Kommunisten als einer ihrer Parteiangehörigen bezeichnet.

Die Darstellung, aus der zu entnehmen war, daß die Nazis aus einem Hause heraus geschossen haben, gewinnt aber noch durch einen anderen Umstand an Wahrscheinlichkeit. Von Zeugen ist der Polizei ein Nazimann Käthner aus der Hildebrandtstraße als Schütze bezeichnet worden. Die Bemühungen der Polizei, diesen Nazi Käthner zu verhaften, sind bisher fehlgeschlagen. Der Bursche wird wissen, warum er verduftet ist. Es ist aber noch nicht dagewesen, daß sich eine „verfolgte Unschuld" vor der Polizei versteckt hat.

Eigenartig ist es auch, daß dieser Strolch nicht gleich an Ort und Stelle festgenommen worden ist. Die Polizei erklärt selbst, daß sie die Nazis habe unter ihren Schutz nehmen müssen, also muß sich doch auch der als Schütze bezeichnete Käthner darunter befunden haben.

Die Vorgänge im Nikolaitor kommen also nach diesen Feststellungen ebenso auf das Konto der Nazis, wie in der Uferstraße. Höchst merkwürdig ist dabei höchstens der Informationsdienst bei der Polizei. Wenn wir gestern entgegen den uns vorliegenden Augenzeugenberichten die polizeilichen Erklärungen wiedergaben, daß die Angeschossenen Nazis seien, so zeigt das nur, daß wir glaubten, die Objektivität der Polizeistellen und ihre konkreten Erklärungen höher stellen zu müssen.

Der gänzlich andere Sachverhalt zwingt uns allerdings zu einer anderen Auffassung über diese Objektivität.

Dank der Arbeitsinvaliden

Der 51. Verbandstag liegt hinter uns. Blicken wir zurück auf den von wahrer Kollegialität getragenen Verlauf der Tagung und auf die Fülle der erledigten praktischen Arbeit, so erfüllt uns alle ein Gefühl freudigen Stolzes. Dieser Stolz gebührt nicht allein der Organisation, sondern allen proletarischen Verbänden und Vereinen der Breslauer Arbeiterbewegung, die uns ihre anerkennenswerte Unterstützung zuteil werden ließen. Der sicheren Erwartung uns hingebend, daß auch in fernerer Zeit ein gedeihliches Band zwischen alt und jung vorhanden sein möge, um die deutsche Sozialgesetzgebung zur wahrsten Gerechtigkeit auszubauen, sei nochmals herzlicher Dank ausgesprochen.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands.

Gauleitung Schlesien: P. Beier. Ortsgruppe Breslau: A. Wagner.

Arbeitsdienst, Ja oder Nein?

Die in der Arbeiterbewegung viel diskutierte Frage, ob und inwieweit man die gegenwärtig geltenden Bestimmungen für den freiwilligen Arbeitsdienst durch die Arbeiterorganisationen in Anspruch nehmen kann oder soll, wurde gestern abend im Kreis der **sozialistischen Fürsorger und Fürsorgerinnen** in Anlehnung an zwei Referate der Genossen Steyr und Hans Stephan diskutiert.

Genosse Steyr gab einleitend eine Uebersicht über die gesetzlichen Voraussetzungen und praktischen Möglichkeiten sowie die bisherige allgemeine Praxis im Arbeitsdienst, während Genosse Hans Stephan aus den Erfahrungen des nach sozialistischen Grundsätzen unter großen Schwierigkeiten ins Leben gerufenen Arbeitslagers der Sozialistischen Arbeiterjugend in Schmiedeberg berichtete. Genosse Stephan unterstrich hierbei den prinzipiellen Unterschied zwischen diesem, bisher erfolgreichen, Versuch eines auf dem Gedanken der Gemeinschaft aufgebauten Arbeitslagers, dessen Arbeitserfolge bemerkenswert sind und den landläufigen Arbeitsdienstmaßnahmen. Eine lebhafte Diskussion ergab ungeachtet der Verschiedenheit einiger Gesichtspunkte die allgemeine Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht und des Arbeitsdienstgedankens, wie er von den Rechtsverbänden zwecks militärischem Drill propagiert wird. Einige Genossen vertraten die Auffassung, der anderseits mit dem Hinweis auf die starke aktuell-politische Bedeutung dieser Frage und die Einwände der Gewerkschaften gegen vielfach schon auftretende Lohndrückerei entgegengetreten wurde, daß eine Inanspruchnahme der Möglichkeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes durch Arbeiterorganisationen, auch über den Rahmen des Arbeitslagers der SAJ. hinaus, zu empfehlen sei.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Kranz, die Ergebnisse der Aussprache in einem Schlußwort kurz zusammengefaßt und dabei betont hatte, daß eine solche Inanspruchnahme nur in gewissen Fällen zu erwägen, reguläre Notstandsarbeiten natürlich vorzuziehen seien und vor allem eine vervollkommnete Notwendigkeit der ergänzenden Berufsausbildung für die jugendlichen Erwerbslosen mit Nachdruck gefordert werden müsse, wurde die anregende Zusammenkunft mit dem Kampfgruß „Freiheit" geschlossen.

Mysteriöser Todesfall

Am Donnerstag wurde im Stadthafen der 48 Jahre alte Wächter K. von der Wach- und Schließgesellschaft als Leiche aus dem Wasser gezogen. K. war in der vorhergehenden Nacht als Wächter im Stadthafen tätig, und war um 3,40 Uhr nach einem Rundgange nicht mehr zurückgekehrt. Nachdem man am Donnerstag früh die Mütze des Wächters auf dem Wasser schwimmen sah, wurden Nachforschungen angestellt, die schließlich zur Auffindung der Leiche führten. Obwohl es sich nach den bisherigen Feststellungen um einen Unfall handelt, forscht die Kriminalpolizei zur Zeit noch nach, ob K. nicht etwa doch durch Betätigung andrer Personen den Tod im Wasser gefunden hat.

Aus dem Gerichtssaal

Ein rabiater Ehemann

Unter der **Anklage der Freiheitsberaubung und der Bedrohung** hatte sich vor dem Schöffengericht der Tischler G. zu verantworten. Er verbüßt zurzeit eine Zuchthausstrafe. Vor zwei Jahren hatte er eine Hausangestellte geheiratet. Diesem einfachen Mädchen hatte er viel von seiner guten Existenz erzählt, ihr aber verschwiegen, daß er schon mehrmals im Zuchthause gesessen hatte. Die Frau bemühte sich, auf das Beste für ihn zu sorgen. Er belohnte ihre Fürsorge sehr schlecht, indem er sie häufig schlug und das mühsam verdiente Geld durchbrachte. Aus Angst, daß sie von ihm wieder schwer mißhandelt werden würde, ging die bedauernswerte Frau abends nur noch angezogen ins Bett. Als er eines Abends wieder spät nach Hause kam, schloß er die Tür hinter sich zu, zog den Schlüssel ab und drohte, daß sie nicht mehr aus der Bude komme. In ihrer Angst sprang die Frau aus dem Fenster des zweiten Stockwerks, wobei sie ein Bein brach, so daß sie vier Monate im Krankenhause zubringen mußte. Die Ehe wurde dann geschieden. Vor Gericht bestritt er, die Absicht gehabt zu haben, seiner Frau etwas anzutun. Doch ist er auch bei seinen Eltern und Angehörigen als ein sehr rabiater Mensch bekannt. Er wurde entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts zu **einer Woche Gefängnis** verurteilt.

Messerstecherei beim Bockbierfest

Unter der Anklage des **gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, der vorsätzlichen Sachbeschädigung und der gemeinschaftlichen schweren Körperverletzung,** hatten sich vor dem Schöffengericht vier junge Leute aus Grünhübel und Bettlern zu verantworten. Die Angeklagten scheinen, wenn sie etwas über den Durst getrunken haben, zu Gewalttätigkeiten zu neigen, denn schon wiederholt hatten sich die Breslauer Gerichte mit ihnen wegen ähnlicher Straftaten zu beschäftigen. Eine ganz schwere Schlägerei gab es am 15. März 1931 im Lokal des Gastwirts Finger in Bettlern, wo ein Bockbierfest veranstaltet wurde. Aus ganz nichtiger Ursache gingen einige Gäste plötzlich tätlich gegen den Inhaber sowie gegen andere Personen vor, wobei sie als Schlaginstrumente benutzten, was ihnen gerade unter die Hände kam. Als der Sohn des Gastwirts seinem Vater mit einer Mistgabel zu Hilfe kam, wurde das ganze Lokal demoliert. Türfüllungen eingeschlagen, Türpfosten herausgerissen und sämtliche Fensterscheiben eingeschlagen und Gläser und Flaschen als Waffen benutzt. Im Verlauf dieser schweren Schlägerei wurden plötzlich von einigen Personen Messer gezogen und ein Gast erhielt einen schweren Messerstich in den Rücken, daß er sofort nach Breslau transportiert wurde, wo er wochenlang im Krankenhause lag. Ein weiterer Gast erhielt einen Stich in den Nacken und als er kampfunfähig gemacht war, wurde auch noch eine Bierflasche auf seinem Kopfe zerschlagen. Jetzt vor Gericht versuchten die Angeklagten die ganze Sache so hinzustellen, als hätten sie nur Angriffe abgewehrt, auch will niemand ein Messer besessen haben. Aber die beiden Hauptangeklagten, die Arbeiter Karl Mende und Paul Mücke, sind bei Gericht schon zu bekannt, als daß man ihnen ihren Einwand glauben konnte. Auch sind sie bereits wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruch vorbestraft. Alles das wurde ihnen jetzt strafverschärfend angerechnet und sie zu sehr empfindlichen Strafen verurteilt. **Mende erhielt ein Jahr sechs Monate, Mücke ein Jahr Gefängnis und beide wurden auch sofort in Haft genommen. Der Fleischer Bruno Jarras wurde zu sechs Monaten und ein vierter Angeklagter zu einem Monat Gefängnis verurteilt.**

Diebe aus Not

Vor dem Erweiterten Schöffengericht wurden dieser Tage eine Reihe Personen abgeurteilt, deren Straftaten darin bestanden, daß sie zur Linderung ihrer größten Not sich dazu hatten hinreißen lassen, sich fremdes Eigentum anzueeignen. Sowohl der Schlosser P. als auch der Dreher S. waren schon lange arbeitslos und da P. fünf Kinder, S. drei Kinder hat, reichte die knappe Arbeitslosenunterstützung nicht hin und nicht her. Da hatten sich beide einen besonderen Trick ausgeklügelt, wie sie sich in ihrer schlechten Wirtschaftslage etwas helfen könnten. An Straßenkreuzungen, wenn der Schupo das Haltzeichen gab und sich Wagen und Menschen stauten, taten sie einen Griff in den vor ihnen stehenden Wagen und nahmen daraus, was ihnen erreichbar war. Auf diese Art stahlen sie von Rollwagen und aus Handwagen in 30 Fällen manchmal ganz sinnlose Sachen, für die sie gar keine Verwendung hatten. Wenn sie Lebensmittel erwischten, wie Käse, Bücklinge, Konserven, Himbeersaft oder Bier, konnten sie zufrieden sein. Aber oft bestand ihre Beute auch in Backpulver, Mandelersatz, Zichorie, Bücher usw. Es konnten bei ihnen noch eine Menge Sachen beschlagnahmt werden, so daß an Gerichtsstelle ein kleines Warenlager aufgebaut wurde. Sie waren auch im wesentlichen geständig, doch wußten sie natürlich nicht mehr so genau, von welchem Wagen oder an welcher Stelle der Stadt sie dieses oder jenes gestohlen haben. P. und S. wurden im März dieses Jahres verhaftet. Während die Männer in Untersuchungshaft waren, wurde den Frauen die Unterstützung noch mehr gekürzt. Mit zehn Mark wöchentlich konnte Frau P. sich selbst, fünf Kinder und einen Säugling nicht erhalten. Da sie für den Säugling keine Milch kaufen konnte, starb er an Unterernährung. Mitangeklagt war auch noch der Tischler K. Er hatte einmal von einem Wagen ein Stück Seidenstoff genommen. Acht weiteren Angeklagten legte die Anklage Hehlerei zur Last. Diese hatten zum Teil gestohlene Waren geschenkt erhalten, zum Teil für wenig Geld gekauft. Unter den der Hehlerei beschuldigten Personen befand sich auch der 72 Jahre alte Vater des einen der Hauptangeklagten, ein Mann, der bisher völlig unbestraft ist. Der Angeklagte P. wurde wegen fortgesetzten Diebstahls zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. S. erhielt wegen fortgesetzten Diebstahls und Hehlerei fünf Monate und drei Tage Gefängnis. S. befand sich noch in Haft; der Haftbefehl wurde jetzt aufgehoben. K. wurde wegen Diebstahls in einem Falle an Stelle von 14 Tagen Gefängnis zu 70 Mark Geldstrafe verurteilt. Von den acht Personen, die wegen Hehlerei angeklagt waren, wurden fünf freigesprochen. Dagegen erhielt die Frau des P., die ja eigentlich schon die schwerste Strafe erlitten hatte durch den Verlust ihres Kindes, zwei Wochen Gefängnis. Bei zwei anderen Frauen wurden kleine Gefängnisstrafen in Geldstrafen umgewandelt.

Der Verkehrsunfall auf der Chaussee

In der Nacht zum 6. August vorigen Jahres ereignete sich auf der Chaussee bei Hartlieb ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Pferdefuhrwerk und einem Motorradfahrer, bei dem der Motorradfahrer den Tod fand. In jener Nacht kam von Kniegnitz her der Stellenbesitzer Richard Friedrich mit seinem Pferdefuhrwerk, auf dem 20 Zentner Obst geladen waren. Ihm entgegen von Breslau her kam der Bäckermeister Zielasny aus Tinz auf dem Motorrade, auf dem Soziussitz saß Frau Z. Mit voller Geschwindigkeit fuhr das Motorrad in die Gabeldeichsel des Wagens hinein, wobei Zielasny einen Schädelbruch erlitt, an dem er alsbald verstarb. Die Soziusfahrerin blieb mit einer Gehirnerschütterung, Knochen- und Rippenbrüchen bewußtlos liegen. Sie wurde ins Krankenhaus geschafft und ist auch heute noch nicht völlig wiederhergestellt. Für den schweren Unfall wurde Friedrich verantwortlich gemacht. Er hatte sich nun vor dem Schöffengericht wegen **fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung** zu verantworten. Die Schuld des Friedrich war daraus hergeleitet worden, daß sich sehr weit auf der linken Seite der Chaussee Blutspuren befanden, so daß angenommen wurde, er sei nicht vorschriftsmäßig rechts gefahren. Auch war die Wagenlampe völlig verrußt. Frau Zielasny, die als Zeugin vernommen wurde, konnte keine genauen Angaben machen, da sie sich hinter ihren Mann geduckt hatte, da es in der Nacht sehr stürmisch war. Der Sachverständige betonte ebenfalls, daß aus dem Befund der Blutspuren geschlossen werden müsse, Friedrich sei zu weit nach links, zumindest aber in der Mitte der Chaussee gefahren. Der Staatsanwalt beantragte fünf Monate Gefängnis. Das Gericht konnte sich aber nicht entschließen, den Angeklagten zu verurteilen, da sich die Beweise seiner Schuld nur auf Indizien stützen. Es erkannte deshalb auf Freisprechung.

Um einen toten Hasen

Wegen Unterschlagung hatte sich vor dem Schöffengericht ein Arbeiter aus Deutsch-Lissa zu verantworten. Der Angeklagte ist bereits seit drei Jahren arbeitslos. Im Dezember v. J. wurde bei Wohnwitz eine Treibjagd veranstaltet. Am Nachmittag sahen zwei Jungen einen Hasen unter einem Gebüsch liegen, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Als sie das Tier gerade mit einem Schlittschuh totgeschlagen hatten, kam der Angeklagte dazu und ließ sich von den Jungens den Hasen geben. Diese erzählten dem Landjäger davon, der Strafantrag wegen **Nötigung und Unterschlagung** stellte. Die Nötigung sollte darin bestanden haben, daß der Arbeiter die jungen veranlaßte, ihm den Hasen zu geben. Der Staatsanwalt ließ aber selbst die Anklage wegen Nötigung fallen und beantragte gegen den arbeitslosen Arbeiter 25 Mark Geldstrafe. Das Gericht stand auf dem Standpunkt, daß der Hase zwar sowieso verendet und jedenfalls hinter dem Gebüsch verkommen wäre. Der Hase gehörte aber dem Angeklagten nicht und deshalb müsse er wegen Diebstahls verurteilt werden. Das Urteil lautete an Stelle von drei Tagen Gefängnis auf **15 Mark Geldstrafe.** Dieses Urteil dürfte kaum haltbar sein, wenn der Angeklagte Berufung einlegt.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107–120
Telefon Nummern 59060–59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8–1 und 4–7 Uhr

Achtung, Distriktsführer!

Die bestellten Flugblätter sind abzuholen.

Die Einheitsabzeichen der Eisernen Front, die „Drei Pfeile", sind im Parteisekretariat zu haben.

Die Freiheitsmarken müssen sofort im Parteibüro abgeholt werden. Ferner bitten wir, die noch ausstehenden Sammellisten der Landtagswahl, ganz gleich, ob leer oder mit Beträgen versehen, abzuliefern.

Achtung! Frauenleiterinnen und Referentinnen!

Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses sehr wichtige Sitzung.

Abteilung Ohlauer Tor (Distrikte 26, 27, 28, 29 und 43). Sonnabend, den 25. Juni, 20 Uhr, bei Görlich, Löschstraße 13, sämtliche Distriktsführer der Abteilung. Wichtige Besprechung.

Abteilung Pöpelwitz (Distrikte 9, 41, 46, 47, 48, 49). Sonnabend, den 25. Juni, 19,30 Uhr, bei Rathmann, Klein-Gandau, wichtige Abteilungs-Funktionär-Versammlung (auch der Eisernen Front).

Abteilungen Süden und Strehlener Tor (Distrikte 30, 31, 32, 33, 37, 40). Freitag, den 24. Juni, 18 Uhr, wichtige Funktionär-Versammlung Flurstraße 3. Alles muß zur Stelle sein.

Distrikt 34. Freitag 20 Uhr findet bei Heider, Mäntlergasse 14, eine äußerst wichtige Funktionärversammlung statt. Bei Verhinderung ist dem Distriktsführer Mitteilung zu machen. — Bei schönem Wetter treffen sich Montag, den 27. Juni, 16 Uhr, alle Frauen bei Wittke, Zimpel, bei schlechtem Wetter 20 Uhr Bastelabend bei Heider, Mäntlergasse.

Distrikte 26, 27, 43. Heute 20 Uhr treffen sich alle Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren im Heim Weißswinkel.

Sozialistische Arbeiterjugend

Heim 1: Gewerkschaftshaus-Jugendheim (Abteilung Innere Stadt): Liederabend. Liederbücher und Instrumente mitbringen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Kartelldelegierte und Jugendleiter. Wir sind am Montag, den 27. Juni, 20 Uhr, im Galeriezimmer des Gewerkschaftshauses zu einer Delegiertenversammlung. Thema: „Kampf um die Sozialpolitik".

Sonntag ist der Reichsarbeitersporttag. Alle Fahrten fallen aus, wir sind alle im Stadion.

Malerjugend. Heute um 20 Uhr im Jugendheim des Gewerkschaftshauses Heimabend mit Lichtbildervortrag. Wir zeigen eine Reihe Lichtbilder aus Berlin.

Bekleidungsarbeiterjugend. Heute im Jugendheim des Gewerkschaftshauses Heimabend. Wir beginnen um 20 Uhr und erwarten alle Jugendfreunde.

Nahrungsmittelarbeiterjugend. Sonnabend sind wir alle beim Sommerfest unseres Verbandes in Oswitz bei Hoffmann. Freier Eintritt.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Achtung, Abteilungsleiter! Die defekten Zelte müssen unbedingt am Sonnabend um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus sein, da der Zeltflicker da ist. Wer sein Zelt nicht angeliefert hat, bekommt es von der Zentrale nicht repariert, sondern es geht dann auf Kosten der Abteilung.

Alle Helfer verständigen sich wegen Sonntag mit ihren Abteilungsleitern, die inzwischen schriftlich benachrichtigt sind.

Abteilung 2 (Scheitnig): Freitag Rot- und Jungfalken von 17 bis 19 Uhr im Heim Geselligkeit und Brettspiele.

Abteilung 5. Achtung, Rot- und Jungfalken! Sonntag Tagesfahrt zusammen mit Abteilung 4. Fahrt ins Blaue. Treffpunkt pünktlich 6 Uhr früh Dietrichplatz, Ecke Reichstraße und Hohenzollernstraße. 10 Pf., Tagesproviant und Badeanzug mitbringen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsverein: Für die am 25. und 26. Juni stattfindende Gaukonferenz werden zur Unterbringung der Delegierten noch sehr viel Nachquartiere gebraucht. Quartierannahme im Büro.

Ortsverein: Heute 20 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, eine äußerst wichtige Führersitzung statt. Teilzunehmen haben alle Vorstandsmitglieder, Abteilungsleiter, Bannerführer (auch eingemeindete) und Ortstambour. Kein Führer darf fehlen.

Banner 6 (Rathenau): Heute 20 Uhr bei Haschke, Kronprinzenstraße, Zug- und Gruppenführersitzung.

Banner 11 (Reuter): Heute 20 Uhr sind sämtliche Schufokameraden anwesend. Anschließend übliche Zusammenkunft.

Jungbanner Ost (Daimling): Heute 19,30 Uhr bei Zeuke Zug- und Gruppenführersitzung mit Abrechnung.

Jungbanner Süd (Frank): Sonnabend und Sonntag freihalten. Näheres durch die Gruppenführer.

Eiserne Front Kanfern: Heute 20 Uhr bei Seidel außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent: Kamerad Beyer.

Vereinskalender

Deutscher Holzarbeiterverband

Tischler, Stellmacher und Maschinenarbeiter in den Metallbetrieben. Branchenversammlung am Sonnabend, den 25. Juni, 19,30 Uhr, im Zimmer 7/8. Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.

Die Branchenleitungen.

Theater und Musik

Stadttheater

„Macbeth" von Verdi *)

Nach langen Vorbereitungen kommt nun doch endlich noch in dieser Spielzeit Verdis „Macbeth" zur hiesigen Erstaufführung, und man liefert gerade mit der Wiedergabe dieses Werkes den Beweis, mit welcher Energie an unserem Theater auch bis zum letzten Tage gearbeitet wird.

Verdi war vor zwanzig Jahren Mode; er ist es heute immer noch. Man spricht von einer Verdi-Renaissance und stellt sie als Gegensatz zu der alles erdrückenden Wagnerei hin. Verdi ist volkstümlich; er kann und wird von allen Volkskreisen aufgenommen, weil er ebenso genial wie leicht verdaulich ist; durch ihn wird jeder Geschmack befriedigt. Ist das nicht ein gesegneter Geist, der alle Völker vereinigt und zur gleichen Begeisterung für sich stimmt? „Aida", „Rigoletto", „Troubadour", die drei Werke kennt jeder. Bei Verdi gibt es Musik, der findet wenigstens, was unsere heutigen Komponisten alle nicht mehr können, noch Melodien, bei ihm darf man in Klängen schwärmen, ohne sich voreinander zu schämen. Solche und ähnliche Begeisterungsausbrüche hört man täglich. Teile aus dem „Macbeth" haben unsere Drehleiern noch nicht auf ihrer Walze. Woran liegt das? Nun der „Macbeth" war bisher kein Erfolgsstück. Er war es 1847 noch der Uraufführung in Florenz nicht, blieb nach der Pariser Umarbeitung weiter ohne tieferen Eindruck und beginnt jetzt erst, nach der vor vier Jahren in Dresden erfolgten deutschen Erstaufführung, bei uns heimisch zu werden; ob für immer, steht bei den Göttern.

Wehe dem, der Verdis „Macbeth" durch die Brille des Literarhistorikers betrachten wollte. Jeder Versuch in dieser Richtung muß zu argen Enttäuschungen führen. Shakespeare dreht sich heut noch im Grabe herum, ob der Gewalttätigkeiten, die Verdi seiner Tragödie angetan hat. Der Komponist versuchte zunächst allein sie für seine Zwecke herzurichten, und erst als er nicht mehr weiter konnte, rief er den befreundeten Francesco Maria Piave zu Hilfe. Verdi verfuhr bei seiner Bearbeitung, wie es auch gar nicht anders zu erwarten war, als echter Opernkomponist, dem es namentlich darauf ankam, die Handlung zu verdichten und möglichst gute Gelegenheiten für seine Musik zu schaffen; kümmerte sich aber einen Teufel darum, ob und inwieweit das Original verstümmelt wurde. Schließlich wollte er ja nicht Shakespeares „Macbeth" in Musik setzen, sondern seinen „Macbeth" den Opernfreunden zur Diskussion stellen.

Verdi kann nicht anders als opernhaft denken. Opernhaft ist der Bannplatz der Hexen einschließlich ihrer Tänze, opernhaft wirkt der Schmerz Macduffs über die ermordeten Kinder, opernhaft entwickelt sich die Schlacht. Das darf nicht stören, obwohl sehr oft gerade opernhafte Situationen neben dramatischen Stellen von höchster Eindringlichkeit stehen. Man fragt nicht ohne Berechtigung, war sich Verdi überhaupt im Klaren, ob er ein Drama oder eine Konzertoper schreiben wollte. Nach den vorhandenen groß angelegten Arien, Duetten, Ensembles einerseits, und den stark ausgeformten dramatischen Visionen wie sie das Duett Macbeths und Lady Macbeths nach der Ermordung Duncans, und die Schlafwandelszene der Lady verkörpern, ist diese Frage eindeutig kaum zu entscheiden. Abgesehen von den beiden letztgenannten Höhepunkten liegen alle übrigen dramatischen Momente in den prachtvoll ausgebauten und wirksam gesteigerten Ensemblesätzen der einzelnen Finales. In den Hexenszenen greift Verdi mit außerordentlicher Impulsivität zu, und findet orchestrale Grusellänge, welche die unheimliche Atmosphäre, in der sich die nächtlichen Spuk- und Zauberwesen tollen, glaubhaft machen. Verdi sucht vor allem den leidenschaftlichen Charakter Macbeths zu verdeutlichen, wühlt sich aber mit gleicher Geschicklichkeit auch in seine Angstzustände und die erregten Stimmungen seiner Seele ein. Spürbar gemacht wird uns das alles nicht durch dramatische Untermalung, sondern durch eine weitschweifende Melodik, die an einigen der ernstesten Situationen sogar durch walzereigene Rhythmen im Orchester gestützt wird. Selbst das darf uns nicht wundern. Verdi bleibt eben Italiener. Den Grundton der Oper, das Düstere, Unheimliche, Bedrohliche und Gräßliche findet Verdi schon in der ersten Szene und führt es getreulich durch bis zum Tode Macbeths. Unablässig zucken in den zwischen Anfang und Ende liegenden Bildern unsere Nerven. Das Grauen geht gespenstisch um und wird durch Kontraste wirksam genährt. In der Gastmahlsszene, die eigentlich nur Banquos Geist beherrscht, wird ein fröhliches Trinklied vorgetragen und damit die Gegensätzlichkeit genial unterstrichen. Im letzten Akt, der doch von den meisten Komponisten sehr stiefmütterlich behandelt wird, reiht sich eine musikalische Kostbarkeit an die andere. Menschlich am stärksten berührt hier der Chor schottischer Gefangener, und die in jeder Hinsicht bedeutendste Szene des Werkes: Lady Macbeth schlafwandelnd. Das ist kein Theatereffekt Verdis, sondern eine Klangvision von beseelligender Schönheit, eine Vermittelung aus der Sphäre des Allmusikalischen, die selbst Kompositionen vom Rang eines Verdi in den wenigsten Augenblicken ihres Lebens gelingt.

Die Aufführung ist zu allererst ein Werk des Intendanten Dr. Hartmann, der wann immer er Regie führt, Wort und Musik zur Geltung bringt, und den Bühnenraum auszufüllen versteht. Zwar gibt es einige Bilder, wie die Gastmahlsszene und die Schlacht, in denen sich die Vorgänge nicht zwanglos entwickeln, doch darüber hinaus verstand es Dr. Hartmann, die Aufführung zu einer weitumfassenden, gewaltsam bezwingenden Wirkung zu führen. Das Zusammenwirken von Spiel, Bühnenbild, Farbe, Licht und Musik hatte eine Gewalt, aus der heraus in neuer Weise die Unheimlichkeiten der Vorgänge erstanden. Unheimlich schon das Bild im schottischen Hochland mit den Hexen, ein Werk Valeria Kratinas. Unheimlich das Schloß Macbeths, unheimlicher aber das, was hier vor sich ging: der Mord des Königs und die nächtliche Wanderung Lady Macbeths. Unheimlich auch die Ermordung Banquos. Unheimlicher aber als alle diese Sichtbarkeiten, die Entfesselung jener rätselhaften Dämonie des Werkes.

Die verschiedenen Bilder der Szenenreihe, die Julius Hählo entworfen hat, mögen im Einzelnen aus dem Rahmen des Gewohnten fallen, im Ganzen sind sie geschlossen, einheitlich, offenbarend. Sowohl die auf Landschaft gestellten Szenen, als auch die Innenräume des Schlosses sind in ihrer Absonderlichkeit eine Wiederspiegelung des Druckes, der ständig auf den Gemütern der beiden Hauptpersonen lastet.

Musikalisch klang alles aufs genaueste ausgedeutet. Schmidt-Belden war in großer Form. Er traf, um nur die Gegensätze zu nennen, die überbrückt werden mußten, sowohl das Zarte der Nachtwandlerszene, als auch das Heroische der Schlachtenmusik. Das Orchester war so lebendig bei der Sache, daß wir auch ihm den großen musikalischen Erfolg zu danken haben. Der Ausbruch Macbeths nach der Ermordung war echtes Drama. Die Stelle wäre ohne Richard Groß, der ein unübertrefflicher Gestalter ist, niemals gelungen. Auch im übrigen danken wir ihm eine vollendete Darstellung des Helden. Jedes Wort, jede Geste war von Schlagkraft und Ueberzeugung. Eine bessere Lady Macbeth als Frau Darbow kann man sich an unserem Theater nicht denken. Die Vielfalt ihrer schauspielerischen Mittel, die Macht ihrer Charakterisierung überwältigt. G. Herm Andra stellte einen mächtigen Banquo dar. R. Strelitz Tenor kam in Macduffs Klage zu schönster Entfaltung. Mit Lob seien noch Nancy Naek, Benno Arnold und Heinrich Pflanzl genannt. Die Chöre hatte Justus Debelak klanglich und rhythmisch trefflich vorbereitet. Sie klangen wundervoll. Zum Schluß noch Dank und Lob für V. Kratina und ihre Tanzgruppe.

Mit diesem Werk ist der Bühne ein neuer Verdi wiedergegeben worden, der melodisch und dramatisch vornehmer gestaltet ist als die allzu populären Schöpfungen, und der hoffentlich bald zum eisernen Bestand unseres Theaters gezählt werden kann.

p—k.

*) Text und Klavierauszug ist bei G. Ricordi & Co. Leipzig, erschienen.

Vom Breslauer Lebensmittelmarkt

Fleischpreise ziehen wieder an

Die Zeit, wo man fast alle Lebensmittel zu niedrigsten Preisen kaufen konnte, scheint vorbei zu sein. Das müssen die Hausfrauen vor allem in den **Fleischereien** feststellen. Schon jetzt sind es bei verschiedenen Fleischsorten Erhöhungen von fast 20 Pf. beim Pfund. Erhöhte Fleischpreise haben natürlich auch höhere Wurst- und Schinkenpreise im Gefolge. Es ist ganz unerklärlich, weshalb plötzlich das Schweinefleisch so teuer wurde. Gerade das Schweinefleisch, das in Arbeiterhaushalten immer am meisten verwendet wird. Kostet doch das billigste Schweinefleisch jetzt mindestens 55 Pf. Den Schaden hat nicht nur die minderbemittelte Familie, sondern auch der Geschäftsmann, denn der Haushaltsetat muß dann eben so ausgeglichen werden, daß noch weniger Fleisch gekauft wird. Das Pfund vom Schweineschinken kostet bereits 65 bis 75 Pf., Kotelett 85 bis 90 Pf. Selbst beim Pökelfleisch und beim Räucherfleisch wirkt sich bereits die Preiserhöhung aus. Das Pfund Rindfleisch zur Suppe wird mit 50 bis 60 Pf. abgegeben. Für das Pfund Rouladen sind 80 bis 90 Pf. zu bezahlen. Kalbfleisch ist zurzeit noch von 55 Pf. an zu haben, doch wird für das Pfund vom Nierenbraten 75 und 80 Pf. verlangt. Hammelfleisch, das die Hausfrauen sehr gern zum Gemüse verwenden, hat Pfundpreise von 90 Pf. bis 1 RM., das Pfund Hammelkeule kostet 1,20 RM. Das Viertelpfund gekochter Schinken, das man vor kurzem noch mit 29 Pf. bezahlte, kostet jetzt bereits 33 Pf. und mehr. Auch Räucherspeck und frischer Speck ziehen im Preise an.

Eine Ausnahme von dem Bestreben nach höheren Preisen machen noch die **Wild- und Geflügelhandlungen**. Doch dieses kommt ja insbesondere nur den bessergestellten Kreisen zugute. Die schönen jungen Brat- und Backhühner, zu 85 und 90 Pf. das Pfund, können die Arbeiterhausfrauen kaum kaufen. Lediglich das Wildkochfleisch, das 35 Pf. das Pfund kostet, kann gelegentlich einmal Verwendung finden oder vielleicht auch ein Stück vom Rehblatt, das 80 und 85 Pf. für das Pfund verlangt. Russische Hühner bieten sich immer zum Pfundpreise von 58 und 60 Pf. an. Das halbe Pfund vom Geflügelkleinfleisch wird mit 55 und 60 Pf. verkauft.

Die billigsten **Seefische** sind in dieser Woche Kabeljau und Seelachs, von beiden kostet das Pfund 25 Pf. Goldbars 30 bis 35 Pf. und Scheelfisch verlangt 40 und 45 Pf. für das Pfund. Für Schollen werden 50 bis 70 Pf. für das Pfund gefordert. Das Pfund Bleie kostet 60 Pf. Gefrorener Zander ist preiswert. Matjesheringe gibt es zum Stückpreise von 15 bis 30 Pf. Räucherschellfische kosten 8 und 10 Pf. das Stück. Krebse bieten sich zum Stückpreise von 10 bis 30 Pf. an.

Der **Gemüsemarkt** macht den Hausfrauen die größte Freude. Billig sind die Oberrüben, aber auch die grünen Bohnen und die Schoten wurden billiger. Von den letzteren kostet das Pfund 35 Pf. Die Mohrrüben wurden größer, das Bund kostet 10 Pf. Der letzte Spargel hat Pfundpreise von 30 bis 60 Pf. Das neue Welschkraut kostet 20 Pf. das Pfund, neue Kartoffeln 12 bis 15 Pf. Tomaten und Gurken wurden billiger. Blattsalat gibt es in großen Mengen. Spinat kostet 15 Pf. Pfifferlinge 60 bis 65 Pf. Auf dem **Obstmarkt** erschienen die ersten Blaubeeren zu 40 Pf. das Pfund. Gartenerdbeeren zum Pfundpreise von 45 bis 55 Pf. können lange nicht alle abgesetzt werden. Das Pfund Walderdbeeren kostet 70 Pf. bis 1 Mark. Das Pfund Aprikosen bietet sich zu 60 Pf. an. Grüne Stachelbeeren sind noch zu 15 bis 18 Pf. zu haben. Kirschen der verschiedensten Sorten kosten 20 bis 40 Pf. das Pfund. Die Butterpreise gingen etwas in die Höhe. Landbutter fordert bis 1,35 Mark für das Pfund, Molkereibutter bis 1,45 Mark. Der Durchschnittspreis für Eier sind 7 Pf. für das Stück. Das Liter Vollmilch kostet noch immer 21 Pf. Zucker hat den hohen Pfundpreis von 37 und 38 Pf. Die Linden blühen jetzt, aber auch die Dahlien, die typische Herbstblume, steht bereits in voller Blütenpracht.

Oeffentliche Kundgebung der Eisernen Front in Schwoitsch

Freitag 20 Uhr im Gasthaus von Rau

Thema:

„Beginnt so das Dritte Reich"?

Redner:

Genosse Walter Ludwig.

Nähstubenausstellung der Arbeiterwohlfahrt

Der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Ortsausschuß Breslau, Abteilung Hundsfeld, veranstaltet am Sonnabend, den 25. Juni, und Sonntag, den 26. Juni, eine Nähstubenausstellung. Zur Ausstellung gelangen die in der Nähstube gefertigten Wäsche- und Kleidungsstücke, die auch verkauft werden. Die Ausstellung ist geöffnet am Sonnabend von 18 bis 20 Uhr und Sonntag von 8 bis 20 Uhr. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Proleton-Wochenspielplan

Harry Piel in „Er oder Ich" und Marlene Dietrich mit Anna May Wong in „Schanghai-Expreß"

Zwei Filme von denen man spricht zeigt das Proleton, Gabitzstraße 20, ab Freitag im neuen Wochenprogramm. Harry Piel in einer Doppelrolle in seinem Abenteuer-Sensationsfilm „Er oder Ich". Ein Film, der sensationelle Spannung als Unterhaltung serviert.

Diesem Film entgegengesetzt und doch sensationell fesselnd ist der zweite Film des Programms: „Marlene Dietrich und Anna May Wong im „Schanghai-Expreß". Während Harry Piel kompinierte Sensationsmöglichkeit zur Filmhandlung verwendet, benutzt Josef von Sternberg, der Regisseur vom „Schanghai-Expreß" heutige Vorgänge in China als Handlungsfaktoren seines Films. Die Personen selbst werden sparsam, nur wo es unbedingt die Handlung erfordert, verwendet.

Die Vorstellungen beginnen pünktlich um 5,30 und 8,30 Uhr, die Bühnenschau muß jedoch infolge des reichen Filmprogramms fortfallen. Die Preise sind äußerst niedrig, ab 60 Pfg. Erwerbslose an den Wochentagen bis 50 Prozent Ermäßigung.

Silberne Hochzeit

feiert heute der Zimmerer Genosse Hermann Mährländer und Frau, An den Kasernen 6 d II. Er ist langjährig gewerkschaftlich und politisch organisiert, und ebenso lange ist die „Volkswacht" im Hause. Wir gratulieren!

Herstellung von Mietgasanlagen

Die städtischen Rohrnetzbetriebe Breslau erstellen auf Antrag für Wohnungen, die keine oder unzureichende Gasanlagen haben, betriebsfähige Gasleitungen sowie Gasapparate auch gegen bequeme Teilzahlungen. Die Anträge sind schriftlich an die städtischen Rohrnetzbetriebe (Betriebsamt für Gasanlagen) Lessingplatz 3, zu richten, unter Benutzung eines Vordruckes, den diese kostenlos abgeben. Mündliche Auskunft erteilt genannte Dienststelle (Fernruf: 52 891).

Kant-Gesellschaft, Ortsgruppe Breslau

Am Sonntag, 26. Juni, 11¼ Uhr, spricht im Gesellschaftshause Matthiaskunst anläßlich der Feier zur 100. Wiederkehr des Todestages Goethes Herr Geheimrat Professor Dr. Kühnemann in einer Festrede über „Goethe im Goethejahr 1932". Auch werden zwei Streichquartettsätze von Mozart gespielt. Eintritt frei. Gäste stets willkommen.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Am Freitag hört der Arbeiterhörer um 18,30 Uhr den Hörbericht „Junge Arbeiter auf der Schulbank", der aus der Arbeiter-Wirtschaftsschule in Peterswaldau bei Reichenbach übertragen wird. Um 20 Uhr aus Amerika „Worüber man in Amerika spricht". Am Mikrophon Kurt G. Sell.

Konzerte · Theater · Vergnügungen

Stadttheater. Heute 20 Uhr (Abonn.-Vorst. C 18) „Macbeth", Oper von Verdi mit Richard Groß in der Titelpartie, Erika Darbow als Lady Macbeth. In den übrigen Hauptpartien die Damen Glux, Gregner, Kurz, Boen und die Herren Andra, Arnold, Frim, Klaka, Kravitt, Pflanzl, Streich. Inszenierung: Intendant Dr. Georg Hartmann. Musikalische Leitung: Carl Schmidt-Belden. Morgen 19,30 Uhr „Tannhäuser" von Richard Wagner. Sonntag 14,30 Uhr (bei den für Nachmittagsvorstellungen vorgesehenen ermäßigten Preisen) zum unwiderruflich letzten Male Abrahams Operette „Die Blume von Hawaii". Sonntag 20 Uhr „Schwarzwaldmädel" in der Premierenbesetzung. Montag 20 Uhr „Die verkaufte Braut", komische Oper von Smetana. Dienstag 20 Uhr „Der Vogelhändler", Operette von Zeller.

Breslauer Volksbühne. Zu der letzten Aufführung von „Blume von Hawaii", die im Stadttheater am Nachmittag des kommenden Sonntags zugunsten des Chorpersonals stattfindet, erhalten alle Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle Schweidnitzer Straße 40 Gastkarten.

In der Nelson-Revue „Kuddel-Muddel" spricht der melodisch-sangliche Gehalt der zwanzig bunten Bilder stark an und die persönliche Revuebegleitung von Rudolf Nelson und Dr. Rudolf Sachs an zwei Flügeln ist die trefflichste Unterstützung der Revue. Das Gastspiel im Liebich-Theater geht nur bis Ende dieses Monats.

Varieté Wappenhof. Das zweite Juni-Programm bringt neben zahlreichen humoristischen Darbietungen Schäfers Dressur-Universalakt mit Cetz, dem rechnenden Hund, sowie 2 Baldors, einen sensationellen japanischen Balancekakt. Täglich 16,30 und 20,30 Uhr zwei Vorstellungen, ab 20 Uhr Tanz.

Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter veranstaltet am morgigen Sonnabend in Hoffmanns Garten, Oswitz, ein großes Garten- und Kinderfest mit Tanz. Alle Mitglieder und Kinder sammeln sich um 15,30 Uhr an der Endstation der Linie 15 (Oswitz) und marschieren geschlossen in Begleitung einer großen Kapelle und originellen Clowns nach Hoffmanns Garten. Darauf gemeinsame Kaffeetafel für Kinder, ebenso Würstchenessen unentgeltlich. Abends findet großer Fackelumzug, Feuerwerk und Tanz statt. Näheres siehe Inserat.

Der Johannistag auf dem Breslauer Volksfest. Der Johannistag ist alljährlich der bedeutendste Tag des Volksfestes der schlesischen Heimat auf dem Messegelände in Scheitnig, das sich nun langsam dem Ende zuneigt. Die Hunderttausende, die das Breslauer Johannisfest 1932 besuchten, werden ungern gerade von diesem Volksfest Abschied nehmen, das alle Erwartungen weit übertroffen hat. Jeder war überrascht von dem Aufbau des Festplatzes, der verschwenderischen Lichtersüle und den neuartigen Darbietungen, die allsonntäglich stark frequentiert waren. Am heutigen Johannistage wird Frau Elvira Wilson die kühne Luftakrobatin, ihren 500. Aufstieg in die Lüfte wagen. Um 17 Uhr wird dieses große Ereignis vor sich gehen, an demdie Breslauer und Schlesier sicher stark Anteil nehmen werden. Anschließend folgt dann auf dem Sportplatz ein Handballrepräsentativkampf zwischen einer Breslauer Stadtmannschaft und dem Polizeiverein Oppeln. Am Abend um 9,30 Uhr wird ein Riesenfeuerwerk abgehalten werden, das besondere Ueberraschungen und das übliche Johannisfeuer bringen wird. Der Johannistag als größter Elitetag des Breslauer Johannisfestes 1932 wird einen Höhepunkt dieses beliebten Volksfestes der schlesischen Heimat darstellen.

Arbeiter-Sport

Reichs-Arbeitersporttag 1932

Nur noch wenige Tage trennen uns vom Großkampftag der deutschen Arbeitersportler. Ueberall wird mächtig gerüstet, gilt es doch besonders in diesem Jahre, machtvoll in Aktion zu treten. Um so wichtiger ist es daher, daß sich alle Arbeitersportler auf diesen Tag einstellen, denn es ist ihr Tag und soll durch wuchtige Demonstration die Macht der Arbeiterbewegung zeigen. Es darf daher kein Arbeitersportler am Sonntag im Festzug fehlen. Es kommt nicht darauf an, sich zu den Veranstaltungen im Stadion zu zeigen, sondern Seite an Seite mit den Sportgenossen im Festzug zu marschieren. Darum muß die Parole für Sonntag lauten: „Heraus zum Massenaufmarsch der Arbeitersportler!"

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V.

Vorschau zum „Rast"-Programm

Breslaus Arbeitersportler werben am Sonntag für die Idee des Arbeitersportes und damit für den Sozialismus. Das Programm, welches im Stadion zur Durchführung kommt, wird infolge der Wirtschaftsnot nur von den Breslauer Vereinen bestritten. Kampf- und abwechslungsreich werden sich die leichtathletischen Wettbewerbe gestalten. Die Meldungen sind derart stark eingegangen, daß bereits am Vormittag Vorentscheidungskämpfe notwendig sind. Diese Vorkämpfe werden das Programm soweit fördern, daß nach dem Durchmarsch des Festzuges, nach den Freiübungen der Kinder, Frauen, Sportlerinnen und Sportler die Endkämpfe gestartet werden können. Nur die jeweils 6 Besten der Vorläufe erscheinen im Endlauf. Aus den Vorläufen der 4×100-Meter-Stafetten der Jugend- und Männer-A-Klasse erwartet man in der Jugendklasse die Freien Schwimmer Ruderer, Makkabi, 2., 5. und 7. Abt. im Endlauf. Es ist sehr schwer, den Sieger des Endlaufes zu nennen, da den sonst üblichen Favoriten wie Schwimmer und Ruderer in Makkabi ein ernsthafter Gegner erwachsen ist. Noch schwieriger ist eine Voraussage in der Männer-A-Klasse. Nach den im Straßenlauf gezeitigten Ergebnissen kommen wahrscheinlich die Ruderer, Nordst, Makkabi, 5., 6. und 7. Abt. als Endkampfgegner in Frage. Das Nachmittagsprogramm beginnt um 15,30 Uhr mit den 100-Meter-Entscheidungsläufen. Im Jugendlauf könnte man nach Berücksichtigung aller Möglichkeiten die 5. Abt. in Front erwarten. Sehr hart wird bei den Sportlerinnen gekämpft werden, wobei das gute Läufermaterial der 2. Frauen-Abteilung für den ersten Platz ausschlaggebend sein könnte. Vollständig offen ist der 100-Meter-Lauf der Männer. 16 Jugendgenossen treten zum 1000-Meter-Lauf der Jugend an. Hier gilt Sparta als Favorit. Erstmalig wird zum „Rast" eine 4×400-Meter-Stafette gestartet. Hier sind die Ruderer Favoriten, jedoch sollten die weiteren Teilnehmer nur schwer zu schlagen sein. Um 17 Uhr starten die Jugendmannschaften zur 4×100-Meter-Stafette. Die Freien Schwimmer gelten als Favoriten. Bei derselben Stafette der Sportlerinnen-A-Klasse erwartet man die 3. Frauen-Abteilung in Front. In der B-Klasse sieht es nach einem Siege der Freien Menschen aus. Die 4×100-Meter-Stafette der Männer-A-Klasse sollte sich zu einem Kampf der Ruderer, 6. Abt. und Makkabi zuspitzen, während in der Männer-B-Klasse ein erneutes Duell zwischen Ruderer und 7. Abt. erwartet wird. Ueberaus stark ist das Feld, welches um 18,45 Uhr zum 3000-Meter-Lauf am Start antreten wird. Die bis jetzt genannten Läufe finden sämtlich in der Schlesier-Kampfbahn statt. Um 17,30 Uhr fällt in der Wagner-Kampfbahn der Startschuß zur 3×1000-Meter-Stafette. Hier sollten die 4. Abt., 1897 oder die Ruderer als Sieger in Frage kommen.

Aenderungs-Nachtrag. Die Sportlerinnen starten nachmittags zur 4×100-Meter-Stafette in A- und B-Klasse. In der A-Klasse starten: 1., 2., 3. und 4. Abt. I. Mannschaften, in der B-Klasse starten: Freie Menschen I, 2., 3. und 4. Abt II. Mannschaften.

Aber nicht nur die Leichtathletik kommt beim „Rast" zur Geltung, sondern auch die übrigen Sparten werden für ihren Sport werben. Um 16,50 Uhr wird ein erstmalig gezeigter 32er Reigen der Radfahrer einem Rasenradballspiel vorangehen. In diesem Kampf stehen sich Breslau-Rosenthal und Breslau-Gandau gegenüber. Im Handball wird eine Auswahlmannschaft der Freien Turnerschaft Breslau gegen eine Bezirksmannschaft Breslau kämpfen. Pushball, ein Spiel, das stets zur Erheiterung der Zuschauer beiträgt, wird von den Anglern und den Freien Menschen bestritten. Während all diese Kämpfe in der Schlesier-Kampfbahn von statten gehen, wird die Fußballsparte um 17,00 Uhr in der Wagner-Kampfbahn ein Blitzturnier der vier besten Breslauer Fußballmannschaften durchführen. Falke, West, Stern und Blau-Weiß sind die Gegner. Die Spielzeit beträgt bei jedem Spiel zweimal ¼ Stunde. In wirkungsvoller Weise wird das Programm in der Wagner-Kampfbahn durch die 3 × 1000-Meter-Staffel der Männer und das Gewichtheben der Athleten umrahmt. Alles in allem: Der „Rast" 1932 steht im Zeichen größter wirtschaftlicher Depression, größter, bisher nie erlebter Arbeitslosigkeit des Proletariats, und doch ist das Programm der Arbeitersportler vielgestaltig und äußerst abwechslungsreich. Eine Uebertragung aus dem Stadion durch den Breslauer Sender ist für die Zeit von 17,50 bis 18,10 Uhr gesichert.

Arbeiter-Athletenverein 1911 Breslau kämpft im Mannschaftsringen um die Ostdeutsche Meisterschaft in Berlin

Die Gruppe Ostdeutschland des Arbeiter-Athletenbundes bringt am Sonntag im Grunewaldstadion in Berlin die Mannschaftskämpfe um die Ostdeutsche Meisterschaft zum Austrag. Ueberaus spannende Kämpfe werden sich entwickeln, da am Start der mehrmalige zweite Bundesmeister Stolzenhagen Stettin (sie gelten auch in diesem Jahre als Favorit), der Berliner Kreismeister Alt-Wedding, der Meister der Oberlausitz, der KSV. Weißwasser und der Schlesische Kreismeister, Arbeiter-Athletenverein 1911, Breslau, erscheinen. Der schlesische Meister tritt mit der Mannschaft Gustav Hauschild, Robert Hanke, Georg Hanke, Walter Walloschke, Hermann Schwarzer, Max Walloschke und Walter Jedzik an. Der schlesische Meister befindet sich zurzeit in einer außerordentlich guten Form und geht durchaus nicht aussichtslos an den Start.

Handball

Bezirkstag für Handballspiele

Sonnabend, 2. Juli, 19,30 Uhr, bei Grundmann, Frankfurter Straße 72 (früher Kipke). Tagesordnung: Bericht, Neue Serie, Anträge, Sonstiges. Jeder Delegierte hat seine Ausweise (Gewerkschaft, Partei, Kirchenaustritt) und die Mandats-

Bezirks-Spielausschuß. Aufstellung der Mannschaften zum „Rast". Turnermannschaft: W. Schönfeld (6. Abt.), E. Gnieser (7. Abt.), Joppich (5. Abt.), Wolf (7. Abt.), P. Gnieser (7. Abt.), Kindler (9. Abt.), Jüngling (9. Abt.), Pfeiffer (5. Abt.), Schönfeld E. (6. Abt.), Flek (2. Abt.), Hein (1. Abt.), Ersatz: Kaschner (2. Abt.), Schubert (5. Abt.), Jusche (2. Abt.), Laske (9. Abt.). — Sportlermannschaft: Hensel (Mochbern), Urban (1897), Stürzel (1925), Haase (Sil.-Kick.), R. Schmalisch (Mochbern), Günzel (Mochbern), Höhne (Südost), Schwerin (1925), Kaluza (Freie Schwimmer), Schwemmer (Sil.-Kick.), Winkler (Stabelwitz), Ersatz: Kuhndt (1925), Erhardt (Stabelwitz), Hirsch (Sil.-Kick.) und Jock (Südost). — Sämtliche Handballspieler sowie Pushballspieler haben eine halbe Stunde vor dem Spiel an der Auskleidehalle zu erscheinen. Das Handballspiel leitet Fabian, als Abseitsrichter Loch, Bassalig, Torrichter Rudnik und Breitscheidel. Das Pushballspiel leitet Schiri Sänger.

Gesellschaftsspiele am 25. Juni

18,00: V. f. B. II — Tasmania II, Oltaschin, 153.
16,30: V. f. B. III — Tasmania III, Oltaschin, West.

Serienspiel am 26. Juni

10,00: Vorwärts I — Trebnitz I, Stadion, 245.

Arbeiter-Sport-Kartell Breslau e. V.

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V. Die Vereine und Abteilungen holen die gepackten „Rast"-Abzeichen am Sonnabend in der Zeit von 18 bis 19 Uhr im Naturtheater beim Gen. Hanf.

Fußball

ASV. Hertha sucht gegen vierteljährliche Vergütung seinen Sportplatz Gräbschen, Niklasweg, an Vereine zu vergeben. Interessenten wollen sich an den 1. Vorsitzenden, Alfred Gnädig, Gräbschener Straße 259, wenden.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Wegen der am 9. Juli stattfindenden Vereinsversammlung, wo Geldbewilligungen auf der Tagesordnung stehen, muß seitens aller Mitglieder und Abteilungskassierer bis spätestens 2. Juli beim Hauptkassierer restlose Abrechnung des zweiten Vierteljahres erfolgt sein.

— **Abteilung Ost.** Meldungen zum Kreisfest, nur schriftlich, bis Freitag, den 24. Juni, an den Genossen Porzatek. Spätere Meldungen werden nicht berücksichtigt. — Antreten zum Rast-Festzug Sonntag, 26. Juni, 12 Uhr, in der Turnhalle Breslauer Straße in der üblichen Sportkleidung. Karton oder Rucksack mit Namensaufschrift ist mitzubringen. Karten müssen bis Sonnabend beim Genossen Martin abgerechnet werden. Festzugsabzeichen für Jugendliche und Erwachsene (10 Pf.) nur am Stellplatz.

Freie Turnerschaft Breslau

4. Frauen- und 7. Männer-Abteilung (Jugend). Sonnabend fällt der Heimabend aus. Dafür 19,15 Uhr Abmarsch vom Westpark zu der Jugendveranstaltung im Naturtheater.

Athletik

Sportvereinigung Nordost 93. Jiu-Jitsu-Abteilung. Alle Mitglieder Freitag Anderssenturnhalle. Sonntag: Treffpunkt 12 Uhr Waterlooturnhalle.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Breslau. 25. Juni: 19 Uhr, Fürstendrücke (ohne Räder) geschlossene Teilnahme an Jugendveranstaltung des Kartells im Naturtheater Scheitniger Park. 26. Juni: Jedes Bundesmitglied zum Rennen nach dem Stadion. Rad- und Kraftfahrer fahren 12 Uhr vom Liegnitzer Platz nach dem Neumarkt; hier übernehmen wir die Spitze des gesamten Festzuges auf der Breiten Straße. Plakette am Liegnitzer Platz bei den Fahrwarten. Kurze Hose.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Worte und Taten

Der Notverordnungsstoß der Reichsregierung von Hitlers Gnaden war brutal. Die Finanzlage zwang die Regierung, Farbe zu bekennen, und daher hat sie in ihrer Notverordnung gegen die notleidenden Massen wohl oder übel zeigen müssen, daß sie nicht nur auf den „Wohlfahrtsstaat" schimpfen, sondern tatsächlich die von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie mühsam erkämpfte Wohlfahrt zugunsten der breiten Massen abbauen will. Bei ihrer Notverordnung mußte sie ihr wahres Gesicht zeigen. Wo sie es aber sonst halbwegs vermeiden kann, kommt sie noch mit Sammetpfötchen und frommen Beschwichtigungsreden. Es stehen ja Wahlen vor der Tür.

Vor allem bemüht sich der neue Reichsarbeitsminister des Kabinetts Schleicher-Papen, gutgläubige und harmlose Leute einzulullen. In seiner Rundfunkrede und auch den Gewerkschaftsvertretern gegenüber erklärte er, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen sollten erhalten bleiben, doch müsse der Staat die Lohnregelung mehr als bisher den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen. Die staatliche Zwangsregelung der Löhne und Gehälter könne nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten solle erhalten werden, doch seien die Grenzen durch die allgemeine Wirtschaftslage eng gezogen. Einen nochmaligen Lohnabbau halte er nicht für tragbar.

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Worte sind keine Taten. Und die Taten der Regierung Schleicher-Papen? Ein Beispiel aus der Ziegelindustrie:

Der Antrag der Gewerkschaften auf Verbindlichkeitserklärung der Lohn- und Tarifschiedssprüche für die großthüringische Ziegelindustrie wurde durch Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums vom 13. Juni, also zu einer Zeit, da der neue Kurs bereits gesteuert wurde, abgelehnt. Ueberall im Reich ist es jedoch kaum möglich — auch bei noch so großem Entgegenkommen durch die Arbeitnehmer — in der Ziegelindustrie einen Lohntarif zustande zu bringen. Warum? Weil die Unternehmer, seitdem mit Hilfe der Nazis im Reich die Regierung der Barone gebildet wurde, Morgenluft wittern und glauben, ihre wirtschaftliche Machtstellung rücksichtslos zur Erzwingung eines neuen Lohnabbaus ausnützen zu können.

Im Freistaat Sachsen sollen z. B. die Löhne für den Bezirk Chemnitz gegenüber dem Stand von 1929 um 39,5 Pfennig = 37 Prozent, für den Bezirk Dresden um 35 Pfennig = 37 Prozent, für den Bezirk Leipzig um 27 Pfennig = 32 Prozent und für den Bezirk Zwickau um 30 Pfennig = 32 Prozent pro Stunde abgebaut werden. Es handelt sich bei diesen Vorschlägen wohlgemerkt nicht um Forderungen der Arbeitgeber — so bescheiden sind diese, wo ihnen bereits die Naziherrlichkeit des Dritten Reiches winkt, keineswegs — sondern um Vergleichsangebote des Schlichters. Sie würden bei Berechnung nach den im Anschluß an die Dezember-Notverordnung festgesetzten Lohnsätzen nochmals einen Abbau von 15 bis 18 Prozent ergeben. Rechnet man zu diesem Abbau der Stundenlohnsätze noch die Minderung der Akkordverdienste, dann kann man schließlich sogar auf eine Kürzung des Einkommens der Ziegeleiarbeiter im Freistaat Sachsen im Vergleich zu 1929 um 50 bis 60 Prozent kommen. Dabei wäre dann die Einkommensminderung durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit noch nicht einmal berücksichtigt. Es sind also wirklich ganz reizende Perspektiven, die sich hier für die Arbeiter auf dem Gebiet des Lohns schon wieder eröffnen. Die Schiedssprüche, die zeitlich vor dem Regierungswechsel gefällt wurden, sahen einen solchen maßlosen Abbau nicht vor, aber, nachdem einmal im Reich mit Hilfe der Nazis die Adelsregierung ans Ruder gekommen war, glaubten die behördlichen Stellen auch ihrerseits noch etwas dazu beitragen zu müssen, damit den Arbeitern der Brotkorb noch höher gehängt werde. Oder hat man gar die Richtlinien der Nazis für die Bezahlung der Arbeitsdienstpflichtigen im Dritten Reich bereits als Grundlage zur Berechnung des Arbeitereinkommens genommen?

Die Schiedssprüche für die großthüringische Ziegelindustrie, die durchschnittlich einen Stundenlohn von 50 Pfennig vorsahen, wurden vom Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt, mit der Begründung, daß die Lohnsätze den Wirtschafts- und Wettbewerbsverhältnissen Thüringens entsprechend tragbar seien und deswegen die Parteien sich freiwillig einigen müßten. Freiwillig sich einigen?! Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Warum war denn die Verbindlichkeitserklärung von den Gewerkschaften beantragt worden? Weil die Parteien sich nicht geeinigt haben. Und warum konnten sie sich nicht einigen? Einfach deswegen, weil auf einer Seite Tariffeindschaft vorliegt. Das Reichsarbeitsministerium kennt jedoch zur Genüge die Tariffeindschaft der Unternehmer. Haben die Arbeitgeber nicht selbst den beauftragten Schlichtern in öffentlicher Verhandlung die Berechtigung abgesprochen, Lohn- und Tarifverhandlungen zu führen? Gingen die Arbeitgeber nicht sogar so weit, offen gegen das Reichsarbeitsministerium Stellung zu nehmen, mit Stillegungen, Schadenersatzklagen und Nichtdurchführung angeordneter Verträge zu drohen? Und da lehnt man dann Verbindlichkeit ab und sagt den Parteien, sie sollten sich einigen! Ist das nicht gleichbedeutend mit der Zerschlagung des Schlichtungswesens? Wenn man nicht in Zeiten wie in diesen der Riesenarbeitslosigkeit von den Möglichkeiten des Schlichtungswesens Gebrauch machen will, bedeutet das nicht in den weitaus meisten Fällen einfach die Preisgabe jeglichen sozialen Lohnschutzes und die Freigabe diktatorischer Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Arbeitgeber? Die neue Regierung hat bei ihrem Antritt erklärt, sie wolle dem Volke unverblümt die Wahrheit sagen. Bitte: offen und verständlich wäre es gewesen, wenn man erklärt hätte, die neue Regierung betrachte es als ihre Aufgabe, das Tarifwesen zu zerschlagen. Aber wir sehen ja wieder einmal in einer Wahlbewegung — Herr Hitler will es so, weil das deutsche Volk sich langsam zu Tode wählen soll — und da sagt man doch so etwas nicht.

Um so mehr hat die Arbeiterschaft alle Ursache, hinter die Worte der Regierung Schleicher-Papen zu sehen. An den Lohn- und Tarifbewegungen der Ziegeleiarbeiter in Sachsen und Thüringen kann sie sehr gut beobachten, wohin die Wahlerfolge der Nazibewegung führen und deshalb kann es für sie im Augenblick keine andere Parole geben als: Kampf, Kampf und nochmals Kampf, Aufrüttelung des letzten Arbeitskollegen, Aufklärung im Betrieb und auch zu Hause, wenn die Halbwüchsigen mit Hitler-Phrasen kommen! Bei der kommenden Reichstagswahl muß der Arbeiter mit der Faust dazwischen schlagen.

Einheitsfront der SAP. und KPD.

Am 21. Juni fand im „Oderstrom" eine Betriebs-Konferenz statt, zu welcher SAP. und KPD. durch einen provisorischen Kampfausschuß eingeladen hatte, um Stellung zu nehmen zur Bildung einer Einheitsfront.

Die Leitung lag zunächst in den Händen des Parteisekretärs Rausch, der später, vor Beendigung der Versammlung, den Vorsitz an den Kommunisten Baier abtrat.

Hentschel vom BGV. hielt einen Vortrag hierüber, von dem die Anwesenden aber nur sehr wenig erbaut waren und später auch in der Diskussion zum Ausdruck brachten, daß der Referent von den tatsächlichen Dingen keine Ahnung habe.

In der Diskussion wurde wie gewöhnlich vom Stadtverordneten Guhr (KPD.) stark auf die Gewerkschaften geschimpft, vor allem auf die Führer derselben und es wurde von ihm gesagt, daß man dem proletarischen Bruder die Hand reichen wolle, aber den Führern müsse der Kampf bis aufs Messer angesagt werden.

Kalka von der Rathausinspektion meinte, alle derartigen Konferenzen hätten bisher wie das Hornberger Schießen geendet und er sei der Auffassung, daß diese Konferenz auch so auslaufen wird.

Im Laufe der Diskussion wurden dann von der SAP. verschiedene Resolutionen eingebracht, wobei die erste, welche alle möglichen Probleme behandelte, einstimmig angenommen wurde. In der zweiten wurde gefordert, daß eine Listenverbindung zwischen SAP., KPD. und SPD. hergestellt wird, wogegen sich die Kommunisten ganz entschieden wandten, weil man nicht die Führer, sondern nur die Massen wolle. Die dritte Resulution sollte bezwecken, daß der provisorische Kampfausschuß zusammengelegt werden solle mit dem von der SAP. gegründeten Kartell „Gegen Krieg und Faschismus". Hier wandte sich die KPD. ganz entschieden dagegen, weil das Kartell „Gegen Krieg und Faschismus" eine SAP.-Gründung ist und sie eine Majorisierung befürchten. Diese Resolution wurde aber trotzdem angenommen, da sich die SAP. in der Mehrheit befand.

Bei der Aussprache über diesen Punkt wurde der SAP.-Betriebsrat Rosenstein von den Kommunisten vollständig niedergebrüllt. Es wurde dann noch ein weiterer Antrag zur Beratung gestellt, welcher die Einberufung einer Betriebsräte-Vollversammlung vom ADGB. und Afabund, Ortsausschüsse Breslau, fordert. Guhr beantragte hierzu, daß alle Betriebsräte eingeladen werden sollten, wogegen sich Widerspruch erhob, weil man dann auch die Nazis und Christen dabei habe, die nur als Gegner in Frage kämen, trotzdem wurde dieser Antrag angenommen.

Die Versammlung, die bis 12 Uhr gedauert hatte, wurde sodann von dem Vorsitzenden, Kommunisten Baier, mit „Rot-Front" geschlossen, wogegen Rausch erklärte, dann schließen wir die Versammlung mit unserem Gruße „Freundschaft", damit sollte die Einheitsfront hergestellt sein.

Soweit denkende Arbeiter an der Versammlung teilnahmen, haben sich diese ihre eigenen Gedanken gemacht und daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, eine „Einheitsfront" zu schmieden, geht auch aus dem Bericht der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" hervor, in welchem sie zu dem Versammlungsergebnis folgendes bemerken:

„Die auch in der Diskussion zum Ausdruck gekommenen Bestrebungen der SAP., ihren Einheitsfrontbrei in den Breslauer Betrieben fortzuführen, müssen von allen ehrlichen Kollegen auf das schärfste bekämpft werden.

Der SAP.-Bürokratie ist es auf der Konferenz gelungen, das muß offen ausgesprochen werden, ihre Parteisuppe zu kochen. Die Konferenz hat eine weitere Entschließung angenommen, in der die Forderung auf eine einheitliche Reichsliste der SPD., KPD. und SAP. zur Reichstagswahl aufgestellt wird. Die Kommunistische Partei wird einer solchen Forderung, die nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt, nicht Rechnung tragen. Diese von der SAP. geforderte Einheitsfront, mit den Spitzen der SPD. und des ADGB., mit jenen Leuten, die (nach Meinung aller Nichtsozialisten) tagtäglich die Interessen der Arbeiterschaft an die kapitalistische Klasse verraten, die die Wegbereiter der offenen faschistischen Diktatur sind, zeigt wiederum der Arbeiterschaft, die geradezu verbrecherische Rolle der SAP.-Führer."

Daher warnen wir alle Arbeiter, diesen Propheten der Einheitsfront und deren Parolen zu folgen, die wirkliche Einheit liegt in der „Eisernen Front".

Wohlfahrtsanstalt

Für Großagrarier und die Großindustrie

Die von den Nazis gestützte Regierung von Papen hat den Satz geprägt, daß man den Staat zur Wohlfahrtsanstalt degradiert habe. Man habe — blutiger Hohn auf 5½ Millionen Arbeitslose und 3 Millionen Kurzarbeiter, die sich in fürchterlicher Not befinden — der Arbeitnehmerschaft allzu stark die materiellen Sorgen abgenommen.

Wohlfahrtsanstalt ist in unseren Augen kein Schimpfwort und keine Schande. Denn jede Regierung müßte und sollte das Ziel haben, für die Wohlfahrt der werktätigen Bevölkerung zu sorgen. Trotz des Einspruchs der Sozialdemokratie haben aber die bürgerlichen Regierungen vor allem für die Großagrarier und Großindustrie gesorgt. Diese Tendenz prägt sich in der Regierung von Papen noch viel schärfer aus. Unter der unheilvollen Abhängigkeit der Staatsführung vom Großkapital und Großbesitz wird der Staat vollends zur Wohlfahrtsanstalt für unfähige bankrotte Großunternehmer und Großgrundbesitzer. Um das zu erreichen, haben sich die sozialreaktionären Gruppen, mit Hilfe des Nationalsozialismus der Staatsgewalt bemächtigt. So liegen doch die Dinge, Herr von Papen?

Hat nicht, so fragen wir, das System der öffentlichen Subventionen an die private Wirtschaft in den letzten Jahren nicht immer größeren Umfang angenommen? Ist nicht der Kreis der privaten Wirtschaftsgruppen immer größer geworden, der sich aus Staatsmitteln Sondervorteile zuschanzt und die Fehler der privaten Wirtschaftsführung bezahlen läßt. Seit langem gilt bei uns schon das Wort: Der Gewinn ist Privatsache, die Verluste hat das Reich zu bezahlen.

Für 11 000 ostelbische Großgrundbesitzer hat das deutsche Volk in den letzten Jahren ungeheure Opfer bringen müssen und als selbst die großagrarischen Vertreter in der Regierung Brüning zugestehen mußten, daß diese ungeheuren Opfer nutzlos sind und ein Teil des Großgrundbesitzes nicht mehr zu halten und zu retten ist, wurde die Regierung Brüning wegen ihres „Agrarbolschewismus" gestürzt.

Das deutsche Volk hat sich niemals der Notwendigkeit verschlossen, Opfer zur Ueberwindung der Agrarkrise zu bringen. Es will aber keine Opfer, die zur Erkrankung der ganzen Wirtschaft führen müssen, für eine kleine Schicht bankrotter und unfähiger Großgrundbesitzer bringen, die um jeden Preis ihren Besitz und ihre Machtstellung erhalten wollen.

Ueber dem System der Subventionen an die Großlandwirtschaft liegt, natürlich gewollt, ein derartiges Dunkel, daß man kaum feststellen kann, wieviel bisher an Subventionen gezahlt worden ist. Soviel ist aber sicher, daß die vom Staat an die Landwirtschaft gezahlten Subventionen zum überwiegend größten Teil an den Großgrundbesitz gingen. Die verlorenen Zuschüsse und die Kredite, die die Ostgebiete außerhalb der Siedlung von der öffentlichen Hand erhalten, dürften sich seit Stabilisierung der Mark auf fast 500 Millionen Mark belaufen. Sie sind zum größten Teile dem Großgrundbesitz zugute gekommen. Dazu übernahm die öffentliche Hand Bürgschaften in Höhe von 700 Millionen Mark für die Umschuldung, von denen ein nicht unerheblicher Teil schon heute als verloren bezeichnet werden muß.

Was sagt die Adelsregierung dazu? Findet sie hier nicht das Wort vom Wohlfahrtsstaat? Nein, man müßte hier einen ganz anderen Ausdruck gebrauchen. Wir verweisen nur auf den Bericht des Rechnungshofes über die Umschuldungsaktion, wie diese von den Großgrundbesitzern mißbraucht worden ist, welche Schiebungen vorgekommen sind. Aber noch mehr. Allein 2000 ostelbische Großgrundbesitzer, die Schnapsbrennereien unterhalten, bekommen Branntweinliebesgaben. Durch den Spritbeimischungszwang zum Benzin ist diesen Großgrundbesitzern bisher eine Subvention von 50 Millionen pro Jahr zugeflossen. Wahrscheinlich in Uebereinstimmung mit dem, was die Regierung von Papen über den Staat als Wohlfahrtsanstalt gesagt hat, will die Adelsregierung die Benzinsubvention an die Großagrarier auf 85 Millionen pro Jahr erhöhen.

Man muß bedenken: noch nicht 10 Prozent der Bauernbetriebe, dagegen zwei Drittel aller Großgrundbesitzer, haben im Osthilfegebiet die Umschuldung beantragt. Noch nicht zehn Prozent der Bauernschaft, dagegen fast 35 Prozent des Großgrundbesitzes haben sich unter das Sicherungsverfahren geflüchtet. Das beweist, wer die Subventionen in die Tasche steckt. Nicht die eigentliche Landwirtschaft, der Bauer, hat etwas davon, sondern der Junker, der Großgrundbesitzer. Die Dinge haben sich so übersteigert, daß der Staat den ostelbischen Junkern mit Subventionen eine lebenslängliche Pension zahlt.

Nicht viel anders ist es in der Schwer- und Großindustrie.

Die Eisensteuer, die die Schwerindustrie durch Ueberteuerung der inländischen Eisenpreise den Verbrauchern auferlegt, schätzte schon die deutsche Wirtschaftsquote für 1930 auf 150 Millionen pro Jahr.

Der Ruhrbergbau bezieht allein eine Subvention von 25 Millionen Mark pro Jahr durch Befreiung von den Arbeitslosenbeiträgen.

Den großen Konzernen in Rheinland und Westfalen fließen für ihre Erzbergwerke jährlich 10 Millionen vom Staate zu. Neben diesen Kollektivsubventionen gibt es noch besondere Subventionen.

Die inländischen Treibstofferzeuger, also wiederum der Ruhrbergbau (Benzolgewinnung) und dann der Farbentrust (Leunabenzin) erhalten dauernd große Zollsubventionen, indem man die Treibstoffabgabe niedrig hält.

Riesensubventionen sind auch den Großreedereien, Hapag und Lloyd, bei ihrer vorläufigen Sanierung zugeflossen. Man kann diese Subventionen fürs erste auf 70 Millionen Mark schätzen. Dabei haben die Reedereien das Kunststück fertiggebracht, dem Reich für sein gutes Gld noch nicht einmal Einfluß auf die subventionierten Gesellschaften einzuräumen. Andererseits muß das Reich an die Großreedereien Abwracksubventionen in Höhe von 23 Millionen Mark zahlen, nachdem das Reich in den vergangenen Jahren 18 Millionen Mark an Zinszuschüssen herausgeworfen hat, um die Schiffsneubauten der Großreedereien mit bezahlen zu helfen.

Und weiter: Der Metallbergbau, der angesichts des katastrophalen Sturzes der Metallpreise mit dauerndem Verlust arbeitet, wird fast vollständig von der öffentlichen Hand ausgehalten. Allein die Subventionen an den Mansfeldkonzern und die Mechernicher Bleiwerke machen 20 Millionen Mark aus. Jetzt sollen auch noch die Stolberger Zink AG. und der Giesches Konzern auf drei Jahre zinslose Subventionen in Höhe von 12 bis 15 Millionen Mark erhalten. Die Fahrzeugindustrie, insbesondere die Waggon- und Automobilfabriken, dann aber auch die Werften, haben sich ihre tollen Fehlinvestitionen vom Staate bezahlen lassen. Hier handelt es sich um Subventionen von etwa 100 Millionen Mark, die voll als verloren angesehen werden können.

Zum Schluß wollen wir auch noch an die Subventionen erinnern, die das Reich hat zahlen müssen, um die Großbanken zu retten. Von den Bankverlusten hat das Reich 400 Millionen Mark auf sich genommen. Rund 500 Millionen stellte das Reich zur Verfügung, um die Kassen und Reserven der Großbanken wieder aufzufüllen.

Wenn man schon von Wohlfahrtsanstalt sprechen will, dann soll man sich gefälligst einmal an diese Dinge erinnern. Aber dies scheint den Nazis und den Adelsleuten in Ordnung zu gehen. Wenn aber ein Arbeitsloser etwas vom Staate verlangt, dann heißt es sofort: Man hat schon den Arbeitslosen zuviel gegeben und man darf den Staat nicht zu einer Wohlfahrtsanstalt machen.

Meidet Nazi-Aerzte!

Sie wollen von uns nicht die Kassenhonorare

Die nationalsozialistische Presse fordert in regelmäßigen Abständen die Anhänger der NSDAP. auf, nur nationalsozialistische Aerzte in Anspruch zu nehmen und vor allem nicht zu jüdischen Aerzten zu gehen. Es scheint, daß die Nationalsozialistische Partei der Ansicht ist, daß Nationalsozialisten von besonderer Körperkonstitution sind, für die lediglich nationalsozialistische Aerzte das richtige Verständnis haben.

Wenn aber nationalsozialistische Aerzte so sehr auf die besondere Körperkonstitution der Nationalsozialisten spezialisiert sind, besteht ganz offenkundig die Gefahr, daß sie für die Konstitution normaler Menschen nicht mehr das richtige Verständnis haben, und daß jeder normale Mensch, der sich im Krankheitsfall zu einem nationalsozialistischen Arzt in Behandlung begibt, Gefahr läuft, dort nach besonderen nationalsozialistischen Grundsätzen behandelt zu werden, die seiner normalen Konstitution abträglich sind. Es empfiehlt sich daher, daß auch die Nichtnationalsozialisten sich die Aerzte sehr genau ansehen, die sie im Krankheitsfalle in Anspruch nehmen wollen. Schließlich würden ja auch die nationalsozialistischen Aerzte in schwere Verlegenheit kommen, wenn sie von Nichtnationalsozialisten, womöglich von „marxistischen" Ortskrankenkassen, Honorare entgegennehmen sollten. Oder gilt auch hier der Grundsatz, wie in der lustigen Politik dieser „Arbeiter"-Partei der beschäftigungslosen Prinzen und Generäle: „Geld stinkt nicht", mag es nun von der Schwerindustrie, den Junkern oder auch nur von „roten" Krankenkassen kommen.

Devaheim „schmiert" die Presse

Aus der Praxis eines Skandalblattes

In dem Skandalprozeß gegen den deutschnationalen Pastor Cremer und seine Komplizen wurde am Donnerstag das Thema der **Schweigegelder** behandelt. Generaldirektor Jeppel hatte stets eine offene Hand für Dinge der Korruption; er selbst hat im bisherigen Verlauf des Devaheim-Prozesses mit einem Anflug von Stolz erklärt, daß er insgesamt

700 000 Mark Schweigegelder

ausgezahlt habe. Am Donnerstag wurde der Redakteur des „Industrie-Kurier", Dr. Spicker vernommen, der nach der Anklage 40 000 Mark für Verschweigen von Belastungsmaterial erhalten hat, das den Devaheim-Sumpf zum Gegenstand hatte.

Spicker erklärte, daß sein Blatt bestimmtes Devaheim-Material in die Hand bekommen habe, betonte jedoch, daß das Geld nicht für das Verschweigen, sondern für das Erscheinen bestimmter Artikel gezahlt worden sei. Eines Tages, so bekundete er weiter, sei Jeppel im Büro der Zeitschrift erschienen und habe sogleich etwas von Geld „gebrabbelt". Dr. Ehrlich, der Herausgeber des „Industrie-Kurier" habe den Gast **zuerst hinausgeschmissen.** Später sei J. jedoch wiedergekommen und habe erklärt, daß er alles als wahr unterstellen wolle, was in dem vorliegenden Material über ihn gesagt werde. Er sei jedoch nicht so schuldig, wie man vielleicht annehmen könnte, denn er habe hauptsächlich **unter dem Zwang von Pastor Cremer gehandelt,** der für die ganze Mißwirtschaft verantwortlich sei und völlig selbstherrlich im Zentralausschuß regiere. Uebrigens sei ihm, so erklärte Dr. Spicker, schon bekannt gewesen, daß innerhalb des Konzerns alles

vor Cremer stramm stehen

müsse. Schließlich habe Jeppel versichert, daß der „Kern" des Konzerns gesund sei. Nur müsse der geradezu verhängnisvolle Einfluß Cremers radikal ausgeschaltet werden. Dabei solle der „Industrie-Kurier" mithelfen.

Als der Staatsanwalt sarkastisch hierauf fragte, was diese Arbeit **denn gekostet habe,** meint der Zeuge ausweichend, daß er nur Geldverhandlungen geführt habe. Unter allgemeiner Bewegung behauptet Dr. Spicker dann, daß Jeppel, nachdem er dem „Industrie-Kurier" noch Enthüllungsmaterial gegeben habe, die Artikel **zum Teil mitdiktiert** habe. Als sich nun auch der Vorsitzende nach dem Honorar für diese Arbeit erkundigte, bequemte sich der Zeuge auszusagen. „Dem Blatt sind 30 000 Mark in Aussicht gestellt worden. Gezahlt wurden allerdings nur 10 000 Mark, **aber nicht an mich,** denn ich war ja nur Angestellter." — „Wurde denn nicht auch Geld dafür gezahlt, daß bestimmte Sachen totgeschwiegen wurden?" — „Nein, die 10 000 Mark, die wir erhalten haben, galten dem Kampf gegen Cremer und den Zentralausschuß". — „War das nicht ein etwas hohes Honorar für diese Arbeit?" meinte der Vorsitzende.

Dr. Spicker: „Der „Industrie-Kurier" hätte möglicherweise erhebliche Ausgaben für zusätzliches Material gehabt.

Als ein Verteidiger die Frage stellte, ob es denn nicht üblich sei, daß man die Artikel honoriere, anstatt sie, wie hier, noch zu bezahlen, erklärte der Zeuge: „Sie scheinen die **Gepflogenheit der einschlägigen Presse** nicht zu kennen, Herr Rechtsanwalt. Der Herausgeber des „Industrie-Kurier" hat schon ganz andere Gelder bekommen als die 22 000 Mark. So zum Beispiel für die Bearbeitung von Zinkzollfragen und für Artikel über Kohlenbeförderung. Dazu hat man nämlich Ideen nötig!" (Allgemeine Heiterkeit.)

Dann wurde ein Entschuldungsvertrag über 400 000 Mark erörtert, den Jeppel dem „Industrie-Kurier" als Bürgschaft geben wollte. Der Zeuge berichtet darüber, daß sein Blatt nach Entfernung des Pastors Cremer für den Devaheim-Konzern durch ein „Wirtschaftsbuch der Hausfrau" Propaganda machen sollte. Hierfür waren 400 000 Mark ausgeworfen worden. Dr. Ehrlich, der Herausgeber des „Industrie-Kurier", verlangte erst einen Notariatsvertrag darüber, Jeppel erklärte jedoch, daß der „Industrie-Kurier" aus Gründen der Kostenersparnis als Bürgschaft einen Entschuldungsvertrag bekommen solle. Vors.: „Aus welchen Mitteln sollte das gegeben werden?" — „Aus den Mitteln des Devaheim-Konzerns!" (!). Jeppel selbst gab eine andere Darstellung der Dinge und sagte aus, daß man ihm bei seinem Besuch auf dem „Industrie-Kurier" sofort 400 000 Mark abverlangt habe. Die Herren hätten erklärt, daß das vorhandene Material mehr als eine Million wert sei. Schließlich habe Dr. Spicker vermittelt, und man habe sich dann auf 40 000 Mark geeinigt. Dr. Spicker habe auch erklärt, man müsse

„leben und leben lassen".

Jeppel behauptete schließlich, daß das Geld für das Unterbleiben von Veröffentlichungen **gezahlt worden sei.**

Der Herausgeber des „Industrie-Kurier", Dr. Ehrlich, erklärte anerkennend, daß er schon im Februar 1931 eine Menge Material und wertvolle Informationen über haarsträubende Mißstände bei Devaheim und Zentralausschuß in die Hand bekommen habe. Dieses Material hätte vor allem Pastor Cremer, seinen Schwager und seine Söhne betroffen und krass offenbart, wie die genannten Herren die Wohlfahrtsorganisationen ausbeuteten. Während Pastor Cremer einen Brief, den er in dieser Sache „loyalerweise" an ihn geschrieben habe, mit Klagedrohungen beantwortet hätte, sei Jeppel im Büro erschienen und habe sogleich von „Zusammenarbeiten" und „Zusammenschweißen" gesprochen. Als der Zeuge verschiedene Formulierungen, die Dr. Spicker gebraucht hatte, wiederholte, machte ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß sich seine Aussage auffallend wörtlich mit der seines Redakteurs decke.

Mörder aus Gefälligkeit

Dreigroschenoper vor einem mährischen Schwurgericht

Ein ganz sonderbarer Kriminalfall beschäftigte heute die Geschworenen in Olmütz (Mähren). Als Mörder war der 21 Jahre alte Vagabund Josef Kalab angeklagt. Sein Opfer war der 63 Jahre alte „Bettlerkönig" von Proßnitz, Leopold Pollak.

Der Bettlerkönig von Proßnitz

Leopold Pollak war ein großer Finanzmann. Was er erbettelt hatte und was ihm verschiedene Wohltätigkeitsvereine als milden Gaben hatten zukommen lassen, legte er sorgsam zusammen und verlieh es an andere Bettler. Er war kein Wucherer und nahm nur niedrige Zinsen, aber immerhin steckten manche seiner ständigen „Kundschaften" tief in Schulden. Zu ihnen gehörte auch Kalab; seine Schuld betrug zuletzt 1000 Tschechenkronen.

Pollak war nicht nur ein alter Mann, sondern ein lebensüberdrüssiger Kranker. Asthma quälte ihn so, daß er zu sterben wünschte, aber aus religiösen Gründen lehnte er einen Selbstmord ab. Deshalb versuchte er Kalab zu überreden, ihn zu töten. Durch Monate hindurch drängte er den Vagabunden, ihn zu erwürgen, zu vergiften oder sonst irgendwie ins Jenseits zu befördern. Aber Kalab wollte davon nichts wissen. Da wandte sich Pollak an einen gewissen Ladislaus Smekal, versprach ihm 800 Tschechenkronen, wenn er ihn töte und gab ihm als Angeld 40 Kronen. Aber auch Smekal war die Hinrichtung nicht sympathisch. Daraufhin versuchte Pollak, das seltsame Geschäft doch mit Kalab abzuschließen und bezahlte ihm 1000 Tschechenkronen dafür.

Schwierige Hinrichtung

Am 3. Mai machte sich also Kalab daran, den Pollak in einer Gärtnerhütte zu erhängen. Aber die Schnur riß. Fünfmal versuchte es Kalab, aber der Strick gab jedesmal dem Gewicht Pollaks nach. Er war eben als Henker nicht genügend ausgebildet.

Darauf kauften die beiden gemeinsam einen stärkeren Strick und wanderten wieder zu der Hütte zurück. Kalab befestigte die Schnur an dem Deckenbalken, Pollak steckte den Kopf in die Schlinge und ließ sich auf das Kommando Kalabs fallen. Aber als sich das Gesicht des Bettlerkönigs blau verfärbte, packte Kalab eine furchtbare Angst. Er schnitt sein Opfer schnell ab, unternahm Wiederbelebungsversuche und brachte Pollak nach Hause. Vier Tage später ist Pollak aber an den Folgen der Strangulierung gestorben.

Im Gerichtssaal erweckte der gemütliche Kalab in der an ein Motiv aus der „Dreigroschenoper" erinnernden Verhandlung oft stürmische Heiterkeit. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig fühle, antwortete er gutmütig: „Wieso soll ich mich schuldig fühlen. Er hat das so wollen und so habe ich es ihm gemacht." Und dann sagte er: „Ich habe es getan, weil ich ein so gefälliger Mensch bin. Er hat mich die ganze Zeit darum gebeten."

Freigesprochen

Die Geschworenen — in der Tschechoslowakei urteilen die Geschworenen noch wie ehedem auch bei uns getrennt und unabhängig vom Gesetz über die Schuldfrage — verneinten die Schuldfrage auf gemeinen Mord mit zwölf Stimmen, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde. Mit freundlichem Lächeln verließ er heiteren Sinnes und reinen Gewissens den Gerichtssaal, er war ja nur ein Mörder aus Gefälligkeit.

Erdrutsch bei Bernkastel

Unweit Mühlheim an der Mosel ereignete sich in der Donnerstag-Nacht in der Nähe der Weinstadt Bernkastel ein Erdrutsch. Zahlreiche Felder wurden bis zu 1,80 Meter verschüttet. Man nimmt an, daß durch ein Unwetter, das am Pfingstmontag niedergegangen war, der Boden von angestauten Wassermassen unterhöhlt worden ist.

Kinderleiche im Kellerloch

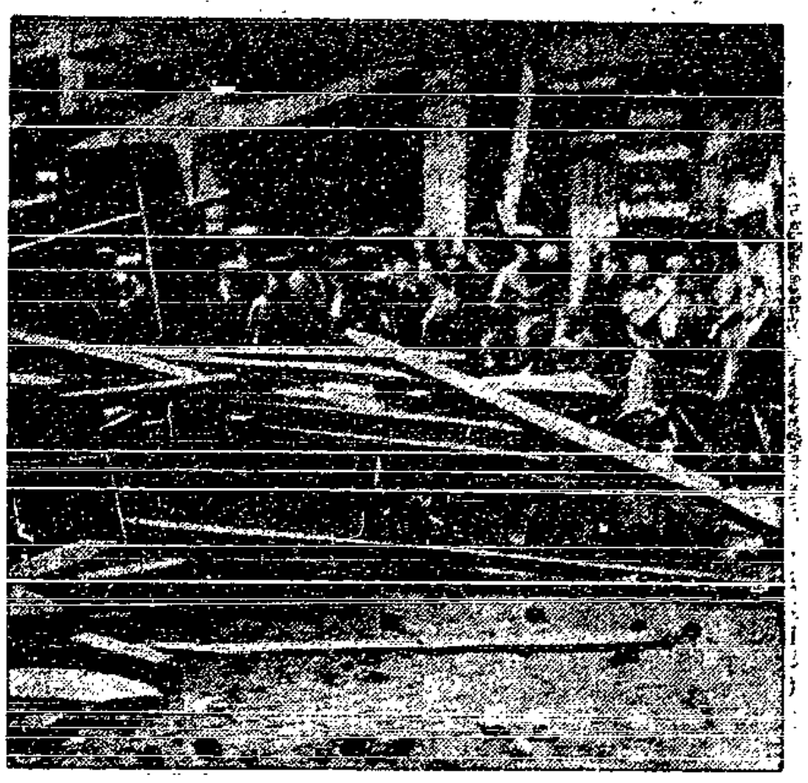
Ein seit zwei Jahren verschwundenes Kind aufgefunden

Als am Donnerstag vormittag Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei in Essen eine Waffensuche veranstalteten, stießen sie in einem Hause der Seibertstraße in einem ausgemauerten Kellerloch unter Gerümpel und Schutt auf die mumifizierte Leiche eines etwa sechsjährigen Knaben. Ermittlungen ergaben, daß es sich um die Leiche eines im Februar 1930 auf rätselhafte Weise verschwundenen Kindes namens Günther Kosten handelt. Die Essener Mordkommission hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen.

Riesen-Devisenschiebung

Auf Ersuchen der Zollfahndungsstelle Berlin war am Mittwoch der frühere Großbankprokurist Sedlmayer in Lindau am Bodensee festgenommen worden. Die Verhaftung steht mit einer neuen großen Devisenschieberaffäre in Verbindung, wobei die Behörden den Verschiebungen deutscher Wertpapiere aus ausländischem Besitz im Werte von mehreren Millionen Mark auf die Spur gekommen sind. Diese Effekten wurden größtenteils in Berlin, zum Teil aber auch in Süddeutschland verkauft.

Barrikaden in Berlin



In Berlin kam es in den letzten Nächten verschiedentlich zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten". Als ein Schnellwagen der Polizei durch Moabit fuhr, um eine Ansammlung zu zerstreuen, konnte er plötzlich nicht mehr weiter, da das Straßenpflaster aufgerissen worden war und man aus Pflastersteinen, Brettern, Kisten und anderen Gegenständen Barrikaden errichtet hatte.

Waldbrand in Tirol

In Ried im Oberinntal brach auf einem Berg ein Waldbrand aus, der noch heute wütet. Die Brandfläche beträgt etwa 30 Hektar. Der Brand ist auf die Unvorsichtigkeit eines Knechtes zurückzuführen, der tags zuvor im Walde ein Feuer unterhielt, ohne es vollständig zu verlöschen.

Drei Kinder verbrannt

In Mielno (Pommerellen) brach bei einem Landwirt Feuer aus, das sehr schnell auch auf die Nachbarhäuser übersprang. Drei Gehöfte brannten mit allen Gebäuden, dem Inventar und dem gesamten Vieh vollkommen nieder. In den Flammen kamen auch die drei Kinder des Landwirts Chrzan im Alter von 3 bis 5 Jahren um.

Erdbeben und Springflut

verwüstet mexikanische Küstenorte

In Guyutlan, einem in letzter Zeit bekanntgewordenen mexikanischen Badeort, hat eine gewaltige Springflut riesige Verwüstungen angerichtet.

Von der Flut wurden etwa 500 Badegäste überrascht, unter ihnen zahlreiche Kinder, sie dürften größtenteils umgekommen sein. Bisher konnten 50 Leichen geborgen werden. Der mörderischen Flut gingen zwei Erdbeben voraus, die mit den ständigen Vulkanausbrüchen in den Cordilleren zusammenhängen. Zur gleichen Zeit, in der die Springflut Guyutlan überschwemmte, fiel ein dichter Aschenregen über Chile und Teilen von Argentinien nieder.

Die Städte Mazatlan und Ciloma wurden ebenfalls von Springfluten heimgesucht und stark verwüstet. Schon in den ersten Stunden nach Ausbruch der Katastrophe wurden viele Hunderte von Vermißten gemeldet. Eine umfangreiche Hilfs- und Suchaktion hat in den betroffenen Gebieten eingesetzt.

Trost für Hausner

Der polnische Ozeanflieger Hausner kam am Donnerstag früh mit dem Schlepper „L. N. Hinoy" in Miami" (Florida) an. Eine Menschenmenge von über 10 000 Personen hatte sich an der Pier versammelt und bereitete dem wie durch ein Wunder geretteten Flieger große Ovationen. Später fand im Olympia-Theater in Miami eine große Begrüßungsfeierlichkeit zu Ehren Hausners statt.

Proleton

Tonfilmbühne

Gabitzstr. 28-22, Höfchenstr. 49 Beginn 1/2 6 u. 1/2 9 Uhr

Ab Freitag, den 24., bis Donnerstag, den 30. Juni

Zwei Filme, von denen man spricht!

Harry Piel

Er oder Ich!

Ein sensationelles Doppelgänger-Abenteuer

Marlene Dietrich, Anna May Wong in

Scharghai-Expreß

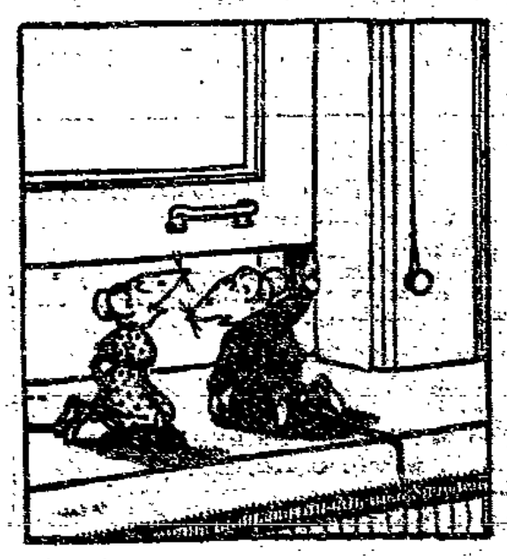
Neueste Tonwochenschau! Jugend verboten!

Preise ab 60 Pf. Erwerbslose bis 50 % Ermäßigung.

ARBEITER-SPORT-KARTELL

Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Zitternase

Von G. Th. Rotman

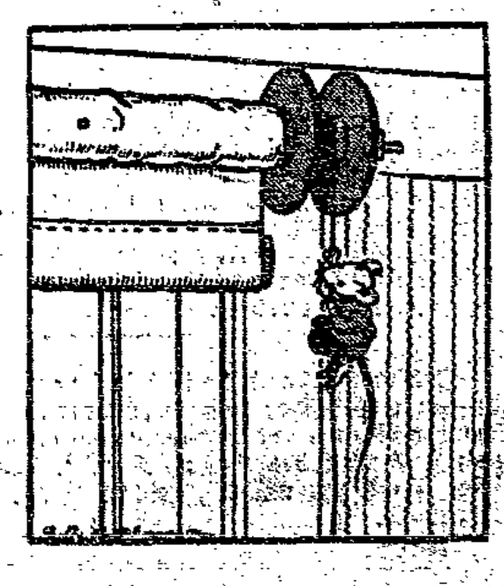


49.

Das fanden alle eine Riesenidee, und mit der Zitternase ging ich sofort auf die Suche nach einem starken Bindfaden. Bald kamen wir an eine Bauernwohnung, wo das Fenster ein wenig offen stand. Niemanden im Zimmer sehend, schlüpften wir hinein. Hart neben dem Fenster entdeckten wir eine prächtige, starke Schnur, aber sie saß oben und unten fest.

50.

„Ich werde sie zuerst oben losmachen!" sagte ich und kletterte hinauf. Die Schnur war dort an eine Art Blechspule befestigt und ich fing sofort an, eifrig zu nagen. „O, o, welch' ein Pinsel, welch' ein Döskopf bist du!", kicherte die Zitternase, die unten auf der Fensterbank saß, „o, ich lache mich gleich schief!" — „Mische dich nicht drein!", piepste ich grimmig.



Das Hochwasser in Niederschlesien

Ueber die Hochwasserschäden im Bereich der niederschlesischen Gebirgswasserläufe wird aus Löwenberg gemeldet, daß man infolge des Ansteigens des Bobers sich in der Fischergasse auf die Räumung der bedrohten Häuser vorbereitet. In den Orten Braunau, Sirgwitz und Plagwitz sind die Boberwiesen 20 Zentimeter hoch überschwemmt. Die Fluten haben hier die Heuernte mitgenommen. Das Getreide auf den Feldern wurde durch Sturm und Regen umgelegt.

Auch der Queis und die Ivenitz sind aus den Ufern getreten und haben Wiesen und Aecker überschwemmt und das Heu vernichtet. In der Wütenden Reiße, die ebenfalls Hochwasser führt, werden mitgerissene Waschfässer, Stangen und Heu mitgeführt.

Aus Kauffung a. K. wird ebenfalls starkes Ansteigen der Katzbach gemeldet, die verschiedene Stege mitriß. Vor größerem Schaden wurde Kauffung und Schönau durch das Staubecken bewahrt. Im Peilegebiet, vor allem im Kreise Reichenbach, sind sehr große Flurschäden entstanden. Bei Grädit im Kreise Schweidnitz lösten sich infolge des andauernden Regens von einem Felsen am Grundstück des Fleischermeisters Suhr große Stücke und zertrümmerten einen auf dem Gehöft stehenden Schuppen.

300 000 Mark Fehlbetrag im Waldenburger Stadthaushalt

Die Waldenburger Stadtvertretung verabschiedete den städtischen Haushaltsetat für das Rechnungsjahr 1932/33. Den Gesamtausgaben in Höhe von 9 553 265 (gegenüber 11 129 579 im Vorjahre) stehen an ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen 7 470 709 RM. gegenüber. Trotz aller durch die Verhältnisse aufgezwungenen Sparsamkeit war es — wie der Magistrat zu der Vorlage bemerkt — nicht möglich gewesen, eine Deckung des Fehlbetrages zu finden. Der Etat wurde gegen Kommunisten und Nazis angenommen.

Verhinderte Exmittierung

In Liegnitz sollte in der Steinauer Straße eine Familie exmittiert werden. Eine große Menschenmenge verhinderte aber das Ausräumen der Möbel, so daß schließlich ein Ueberfallkommando herbeigerufen wurde, das die Straße räumte. Die Exmittierung wurde aber trotzdem nicht vorgenommen, da die hierzu bestellten Arbeiter sich schließlich weigerten, die Ausräumung vorzunehmen.

Hitlers Zuchtanstalt oder?

Im Neuroder Stadtblatt konnte man dieser Tage folgende erstaunliche Mitteilung lesen:

Bekanntmachung der Gemeinde Waldiß

Bei der diesjährigen Bullenkörung sind nachstehende Bullen der Gemeinde Waldiß angekört worden:

1. Landwirt Heinr. Klein, rotscheckig, Klasse III.
2. Landwirt Jos. Schroll, rotbunt, Klasse III.
3. Landwirt Eduard Herzig, rotbunt, Klasse III.

Unter Bezugnahme auf die Polizeiverordnung betreffend die Körung von Zuchtbullen weise ich nochmals darauf hin, daß zum Decken fremder Kühe und Kalben nur angekörte Zuchtbullen verwendet werden dürfen. Zuwiderhandlungen, die mir unverzüglich anzuzeigen sind, werden unnachsichtlich bestraft. Strafbar ist auch derjenige, der eine ihm gehörende Kuh oder Kalbe von einem nicht gekörten Bullen decken läßt.

Liegt hier nun ein redaktioneller Fehler vor oder hat man im Kreise Neurode etwa schon die bekannten Rassegestüte des Herrn Rassesachverständigen der Hitlerpartei, Dr. Darré, verwirklicht, die ja in der neuesten Nazibroschüre — so was gibt es wirklich —, die „Frau als Zuchtstute", besonders eingehend behandelt werden. Ob allerdings als rotbunt angekörte Landwirte die allein hochwertigen edelrassigen Nazigermanen ergeben werden, muß wohl erst die praktische Erfahrung lehren.

Falschmünzerwerkstatt ausgehoben

Bei der auf Ersuchen der Berliner Kriminalpolizei in Beuthen durchgeführten Durchsuchung der Wohnung der am 21. Juni in Berlin festgenommenen Falschmünzer Wilhelm Matischke und Hans Nitschke aus Beuthen wurde im Keller unter Gerümpel versteckt eine Geldkassette gefunden, die zahlreiche kunstgerechte Klischees zur Herstellung falscher Zwanzigmarkscheine enthielt.

In der Wohnung selbst wurde ein Farbkasten mit Sepiafarben in Tuben vorgefunden, die wahrscheinlich zur Herstellung der Scheine benutzt worden sind.

Wiederaufnahme im Hochverratsprozeß Dudek

Der Leiter der Schulabteilung des deutschen Volksbundes in Polnisch-Schlesien, Schulrat Dudek, ist bekanntlich seinerzeit wegen angeblichen „Hochverrats" zu einem Jahre 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der „Hochverrat" gründete sich auf einen angeblich von Dudek einer reichsdeutschen Stelle gelieferten Bericht über die wirtschaftliche Lage in Ost-Oberschlesien, der mit einem „D" gezeichnet war. Diese „Dokumente" wurden angeblich vom Generalkonsulat gestohlen. In der ersten und zweiten Instanz sprach das Gericht Dudek schuldig, auch das Oberste Gericht bestätigte das Urteil, das damit rechtskräftig wurde.

Auf Grund der Ergebnisse im Ulitzprozeß hat nun der Rechtsbeistand Dudeks, Rechtsanwalt Dr. Bai, die gesamten Prozeßvorgänge dem Obersten Gericht unterbreitet, den Aufschub des Strafantritts durchgesetzt und ein Wiederaufnahmeverfahren beantragt. Insbesondere wurde auf den Ulitzprozeß verwiesen, wo sich herausgestellt hat, daß bestimmte dem polizeilichen Spitzeldienst gelieferte „Dokumente" nicht im Original vorlagen, sondern schlechte, verkleinerte Photographien waren. Damals kam das Gericht zu dem Ergebnis, daß, nach den Gutachten eines Lausanner Kriminalprofessors, eine Beurteilung der Echtheit von einzelnen Buchstaben nicht erwiesen werden kann, schließlich die gesamten Vorgänge im Ulitzprozeß höchst zweifelhafter Natur waren, soweit es sich um die Lieferanten des Materials an die polnischen Behörden handelte. Einer der Hauptbelastungszeugen, Perlstein, alias Pielawski, hat mittlerweile als Preßerpresser ein unrühmliches Ende gefunden.

Das Oberste Gericht machte sich die Argumente der Verteidigung zu eigen und hat Wiederaufnahme im Hochverratsprozeß Dudek angeordnet.

Zobten. Pferd beißt seinem Herrn das Ohr ab. Als der Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher Bleicher in der Schmiede eines seiner Pferde beschlagen ließ, war er dem Meister durch Festhalten des Fußes behilflich. Plötzlich drehte sich das bissige Pferd um und biß seinem Herrn das rechte Ohr vollkommen ab.

Waldenburg. Zusammengebrochene Nazihetze. In Verfolg einer Hetze, die in letzter Zeit gegen den sozialdemokratischen Amts- und Gemeindevorsteher Genossen Hertwig getrieben wurde, fand dieser Tage vor dem Schöffengericht eine Verhandlung statt, in der H. beschuldigt wurde, an einer Hortnerin der Weißsteiner Waldheimstätten einen Notzuchtversuch unternommen zu haben. Bezeichnenderweise wurde der Strafantrag erst zwei Jahre nach dem fraglichen Vorfall gestellt, als ein Angestellter der Gemeinde „Material" gegen Hertwig sammelte; er wurde dann sogar wieder zurückgezogen. Das Verfahren aber war ja bereits im Gange. Die Verhandlung endigte mit einem glatten Freispruch für den Angeklagten.

Dittersbach. 165 000 Mark Fehlbetrag. Die Gemeindevertretung verabschiedete den neuen Haushaltsvoranschlag, der durch erhebliche Abstriche bei allen Positionen von 1,7 Millionen Mark auf rund 1 337 000 Mark gesenkt werden konnte. Trotzdem bleibt ein Fehlbetrag von 165 000 Mark, für dessen Deckung das Gemeindeparlament keinerlei Vorschläge machen konnte. Zurückzuführen ist der Fehlbetrag auf einen Steuerausfall von 191 000 Mark aus dem Vorjahr.

Gottesberg. Das Elend mordet. Aus Verzweiflung über seine Notlage suchte und fand der 48jährige Berghauer Sch., der seit einiger Zeit ausschließlich auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen war, den Tod in einem Nebenwasser der Steine.

Grafenort, Kreis Habelschwerdt. Besuch aus dem Elsaß. Hier wurde ein roter Kinderballon mit anhängender Postkarte gefunden. Das seltsame „Fahrzeug" war 12 Stunden vor seiner Auffindung in St. Marie-aux-Mines im Elsaß bei einem Kinderfest aufgestiegen, hat also die etwa 750 Kilometer betragende Strecke in überraschend kurzer Zeit zurückgelegt.

Liegnitz. Folgen des Uniform-Erlasses. In der Nacht zum Donnerstag kam es in Liegnitz an verschiedenen Stellen zu politischen Zusammenstößen zwischen uniformierten Nationalsozialisten und politischen Gegnern. Am Donnerstagvormittag wurde vor dem Arbeitsamt ein uniformierter SA.-Mann von politischen Gegnern angegriffen. Die Polizei nahm einen Angreifer fest, doch wurde dieser durch die Menge befreit und entkam.

Wer darf wählen?

Vom 10. bis 17. Juli werden nach einer Verordnung des Reichsinnenministers die Stimmlisten ausgelegt. Die Stimmlisten müssen in dieser Zeit in den einzelnen Gemeinden zur öffentlichen Einsicht ausgelegt werden. Alle Wahlberechtigten müssen sich persönlich davon überzeugen, daß sie in den Stimmlisten aufgeführt sind, da hiervon die Möglichkeit der Stimmabgabe bei der Reichstagswahl abhängt. Auch irrtümliche Auslassung ergibt, wenn nicht rechtzeitig Einspruch erhoben wurde, die Unmöglichkeit zu wählen.

Wahlberechtigt ist, wer am 31. Juli 1932 das 20. Lebensjahr vollendet, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, nicht unter Pflegschaft oder Vormundschaft steht und nicht dem Soldatenstande angehört.

Striegau. Tod auf der Landstraße. Auf der Järischauer Chaussee nach Barzdorf zu fuhr das Auto des Viehhändlers Alt aus Auche mit solcher Wucht gegen einen Kirschbaum, daß Alt beide Beine brach und erhebliche Kopfverletzungen erlitt. Sein mitfahrender 24jähriger Schwager war sofort tot, ihm war der Brustkorb eingedrückt worden.

Kattowitz. Tod unter Tage. Auf der Ferdinandgrube wurde gestern der 30jährige Häuer Hans Kwabich aus Kattowitz durch herabfallende Kohlenmassen getötet, ebenso in den Boerschächten der Schlepper Karl Chwolczik ebenfalls durch Kohlenfall erschlagen.

Kattowitz. Ungetreue Gefängnisbeamte. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Kattowitzer Gericht den Gefängnisbeamten Sikorski, der seit dem Jahre 1923 die Staatskasse durch Unterschlagungen um etwa 70 000 Zloty geschädigt hat, zu vier Jahren Gefängnis. Sikorski hatte sich außerdem in seiner Eigenschaft als Kassierer des Schrebergartenvereins in Kattowitz Unterschlagungen zuschulden kommen lassen. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß die Amtsführung des Gefängnisdirektors Szeliga erheblich zu wünschen übrig ließ. Selbst der Anklagevertreter übte daran scharfe Kritik und ließ diese Nachlässigkeit als einziges minderndes Moment für den Angeklagten gelten.

Rudahammer. Eine besoffene Geschichte. Auf dem Wege zwischen Ruda und Orzegow kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen betrunkenen Arbeitern und betrunkenen polnischen Grenzwächtern. Die Grenzwächter wollten im Verlauf des Streites den Arbeiter Mansossi festnehmen und abführen, wobei dieser heftigen Widerstand leistete. Darauf stießen die Grenzbeamten den Festgenommenen mit ihren Gewehrkolben vor sich her. Die Straßenpassanten nahmen gegen die Grenzwächter Stellung. Schließlich kam es zu einer Ansammlung von mehreren hundert Menschen, die vor die Polizeiwache zogen und die Auslieferung des inzwischen Festgesetzten verlangten. Die betrunkenen Grenzbeamten schossen in die Menge, ohne daß jedoch jemand dabei verletzt wurde. Herbeigerufene Polizeiverstärkung trieb die aufgeregte Menschenmenge mit dem Gummiknüppel auseinander. Die Erregung der Bevölkerung über den Zwischenfall war sehr groß.

Amtlicher Wetterdienst
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Das über Polen stationär gewordene Gebiet hoher Luftdruck beeinflußt zeitweilig immer noch die Witterung in den Südostbezirken. Vorübergehend stellt sich Bewölkungszunahme ein und vereinzelt kommt es noch zu Niederschlägen. Die Temperaturen bleiben vorläufig noch verhältnismäßig gering.

Aussichten für den Mittwoch, den 22. Juni:

Bei nördlichen Winden vorwiegend trocken, nur noch vereinzelt leichte Schauer, Temperaturen wenig verändert.

Aussichten für das Mittelrheintal und Saargebiet:

Zeitweise Regen, noch nicht beständig, örtliche Gewitter, kühl.

Sonnenaufgang: 3,37 Uhr. — Sonnenuntergang: 20,27 Uhr.

Aus der Umgebung

Reichsbanner macht Arbeitsdienst

Um die furchtbare Not der Wohlfahrtserwerbslosen zu lindern, hat das Reichsbanner Breslau-Land-Nord-Ost die Absicht, im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes arbeitslose Kameraden mit der Ausführung von zusätzlichen Arbeiten im öffentlichen Interesse zu beschäftigen. Eine kürzlich abgehaltene Mitgliederversammlung in Jannowitz befaßte sich mit diesem Projekt, wobei Genosse Steyer vom Arbeitsamt Breslau einen aufklärenden Vortrag über die Voraussetzungen der Beschäftigung im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes hielt. Es kommen hier in erster Linie in Frage: Erwerbslosenunterstützte, Krisenunterstützte, ferner Wohlfahrtsunterstützte, soweit sie ausgesteuert wurden oder laut Notverordnung infolge der Altersgrenze oder des Vorhandenseins unterhaltungspflichtiger Angehöriger usw. keine Alu bzw. Kru bekommen konnten. Schließlich auch noch diejenigen Berufsgruppen, die ausgestempelt haben, aber keine Krise erhalten.

Diejenigen Wohlfahrtsunterstützten, die noch nie einen Anspruch auf Alu und Kru hatten, werden auch beim Freiwilligen Arbeitsdienst nicht aus öffentlichen Mitteln gefördert. Voraussetzung ist, daß sämtliche Arbeitswilligen beim Arbeitsamt gemeldet sind und sich wenigstens monatlich einmal den sogenannten Wohlfahrtsstempel holen.

In Aussicht genommen sind Arbeiten gemeinnütziger Natur für die Gemeinden des Nordostgebietes des Landkreises Breslau; zunächst wahrscheinlich Wegeverbesserungen und Entwässerungen für die Gemeinde Steine. Von den 32 Kameraden, die sich bisher gemeldet haben, können 22 vom Arbeitsamt bezuschußt werden. Nähere Auskünfte erteilt Kamerad Kempe in Jäschkowitz oder Kamerad Dr. Korn, Steine (wochentags von 13,30 bis 14 Uhr).

Selbstverständlich soll der Freiwillige Arbeitsdienst des Reichsbanners auch Gelegenheit zu geistiger Schulung geben, der besonderes Augenmerk gewidmet wird.

Roter Tag
Borne, 26. Juni 1932

Alle Parteigenossen, Reichsbannerkameraden, alle klassenbewußten Arbeiter der Kreise Breslau und Neumarkt treffen sich mit ihren Familien am kommenden Sonntag, nachmittags 2 Uhr, im Lokal Wiesner in **Borne** zum Roten Tag, der ein machtvolles Bekenntnis zur antifaschistischen Aktion werden muß.

Brockau. Glück im Unglück hatte ein Motorradfahrer, der am Mittwoch vormittags 10 Uhr die Breslauer Straße entlangfuhr. Als kurz vor ihm ein Handlieferwagen in den Verbindungsweg Breslauer—Pulstraße einbog und der Motorradfahrer plötzlich abstoppen mußte, kam er durch einen auf der Straße liegenden Kohlenhaufen ins Schleudern und geriet auf den Bürgersteig. Er kam aber mit kleinen Beschädigungen der Maschine und kleinen Hautabschürfungen davon.

Tschechnitz. Einbruch durch eine Stalldecke. In der Nacht zum 18. Juni brachen hier bisher noch unbekannte Täter die Decke der Stallungen des Heizers Haertel auf und stahlen ihm 7 belgische Riesen-Kaninchen im Werte von etwa 90 Mark.

Maltsch. Diebe als Brandstifter. Während sich der Stellenbesitzer Jenner gestern nachmittag auf dem Felde befand, drangen Diebe in sein Wohnhaus ein und entwendeten 380 Mark, die J. aus dem Verkauf einer Kuh tags zuvor erlöst hatte. Um den Diebstahl zu verschleiern, steckten sie mit einer Kerze die Balkendecke in Brand. Da Nachbarn das Feuer bemerkten und die Feuerwehr alarmierten, konnte das Feuer bald gelöscht werden.

Schoßnitz. Vormarsch der SPD. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach Gen. Schiffer über die politische Lage in Deutschland. Einige anwesende Nazis versuchten in gewohnter Weise Störungen herbeizuführen, so daß der lauteste Schreier unter Assistenz des Landjägers den Saal verlassen mußte. In der Diskussion versuchte dann der Tischler Dienst, längst verbrauchte Phrasen aufzutischen. Im Schlußwort war es dem Genossen Schiffer ein leichtes, das ungereimte Kauderwelsch dieses Heilsverkünders ins rechte Licht zu setzen. Brausender Beifall belohnte seine Ausführungen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Die Gründung einer Ortsgruppe der SPD. in Schoßnitz steht bevor.

Kanth. Das Reit- und Fahrturnier hat ein weiteres Todesopfer gefordert. Der bei dem Sturz überfahrene Reichswehrsoldat ist inzwischen seinen schweren inneren Verletzungen erlegen.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 12, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174
Telephon 59860, 59861
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—12 u. 16—18 Uhr

Einsendungen für den Parteikalender müssen an das Unterbezirkssekretariat gerichtet werden. Manuskripte stets nur einseitig beschreiben.

Das Symbol der Eisernen Front

Das Drei-Pfeil-Abzeichen ist von den Ortsgruppenführern sofort zu bestellen und am besten durch Boten abholen zu lassen.

Brockau. Sonnabend, den 25. Juni, 20 Uhr, bei Mende: Mitgliederversammlung. Referent: Bezirkssekretär Genosse Brettdorfst.

Kattern. Freitag, den 24. Juni, bei Gerstenberg in Tschechnitz um 20 Uhr: Parteimitgliederversammlung. Redner: Genosse Lachs.

Nansern. Freitag, den 24. Juni, bei Seidel in Nansern Mitgliederversammlung der Eisernen Front. Anfang 20 Uhr. Redner ist Genosse Beyer.

Herzmannsdorf. Sonnabend, den 25. Juni, 20 Uhr, bei Gasde: Oeffentliche Versammlung. Redner: Gen. Dr. v. Grumbkow.

Sarau. Die Eltern, welche ihre Kinder zu den Arbeiterkinderfreunden schicken bzw. schicken wollen und für unsere Bewegung Interesse haben, laden wir hiermit für Montag, den 27. Juni, 19,30 Uhr, zur Elternversammlung in der evangelischen Schule Hundsfeld (Heim) ein. Referentin: Genossin L. Schaertl.